

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 21.

Sonntag den 26. Mai.

1901.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. — Später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Krieg und Geschäft.

Wir sind uns darüber längst vollkommen klar, daß alle politischen Einrichtungen und Gesetze wie alle politischen Vorgänge und Ereignisse im letzten Grunde auf wirtschaftliche Ursachen und Triebfedern zurückzuführen sind. Ganz zu unterst findet man in der Regel eine Frage um das Mein und Dein auch bei all den Kriegen, welche die Völker miteinander im Laufe der Jahrtausende geführt haben und gegenwärtig noch führen. In der neueren Zeit tritt das Kapital und sein Ausdehnungsbedürfnis im Betriebe der Weltindustrie und des Welthandels oft sehr deutlich als die zum Kriege treibende Macht in Erscheinung. Vollkommen deutlich war dies z. B. bei dem sogenannten Opiumkrieg: Das in großen Wohnfeldern investierte englische Kapital zwang, als der Kaiser von China seine Untertanen nicht ferner vergiften lassen wollte, — die englische Regierung zu diesem heillosen Kriege.

Bis 1767 wurden jährlich nur ungefähr 200 Kisten Opium in China eingeführt; in den Jahren 1837 bis 1838 aber nicht weniger als 34 000 Kisten zu je 80 englischen Pfund. Kein noch so strenger kaiserlicher Erlaß, keine Strafe war im Stande, die Einfuhr des Opiums zu unterdrücken. Immer wieder wurde das Verderben und Entartung bringende Gift längs der ganzen Küste eingeschmuggelt. Dieser Schmuggelhandel ward in der Hauptsache von England betrieben; Indien war die Hauptbezugsquelle des Opiums. Der Energie des chinesischen Statthalters Lin Tsin in Kanton (seit 1839) gelang es, 20 283 Kisten mit Opium ausgeliefert zu erhalten, die er vernichten ließ. Das trieb zum Krieg, den das englische Kapital gebieterisch forderte.

Der höher entwickelten Massenmordtechnik der Engländer gelang es, außer Kanton noch die Häfen Amoi, Su-tschau-fu, Ning-po-fu und Schanghai zu eröffnen, außerdem mußten die Chinesen den Engländern Hongkong überlassen.

Und die englischen Opiumgütmischer machten wieder ihre glänzenden Geschäfte.

Wie man sieht, waren es die Opiumhändler, welche lediglich zu ihrem Vorteil zwei Völker in einen Krieg verstrickten, in dem eine Masse von Wirtschaftsgütern zerstört, ganz beträchtliche Opfer an Menschenleben und Menschenglück gebracht und der Fremdenhaß der Chinesen begreiflicherweise noch heißer entfacht wurde, wie zuvor.

Die Opiumhändler aber haben ihren Zweck erreicht.

Betrachten wir uns einmal die chinesische Expedition Deutschlands in Hinsicht auf ihre geschäftliche Seite, was auch sehr lehrreich ist.

Der wirtschaftspolitische, kritische Mitarbeiter der Gegenwart, der unter dem Decknamen Freidank schreibt, bezeichnet es als eine Art Raubbau, daß man „die Kosten des chinesischen Abenteurers“ durch eine Anleihe aufbrachte und fügt dem hinzu: „Unsere Finanzen haben den volkswirtschaftlichen Grundsatz längst aufgegeben, daß Anleihen nur für produktive Ausgaben erlaubt sind, während die laufenden Ausgaben, die Lebenskosten des Reichs, auf normalem Wege, also durch Steuern und andere direkte Einnahmen, aufgebracht werden müssen. Erwirbt der Staat Bergwerke und andere Betriebe, baut er Kanäle oder Eisenbahnen, so ist die Kostendeckung durch Anleihen gerechtfertigt; hat man doch gegründete Hoffnung, daß die in Frage stehenden Unternehmungen das in sie gesteckte Kapital rechtmäßig verzinsen werden. Dagegen ist die Anleiheform durchaus zu verwerfen bei militärischen Ausgaben. Sie ebenfalls durch Pumpdecken, heißt unverantwortlichen Raubbau auf Kosten der Zukunft treiben. Was wir für Heer und Marine auch an außerordentlichen Kosten zahlen, zahlen wir für unsere eigene Sicherheit, gleichsam als Affekuranzprämie.“

Es geht durchaus nicht an, die Last von uns auf die Schultern kommender Geschlechter abzuwälzen. Eine so

liederliche Wirtschaft ziemt keiner reichlich denkenden Nation... Jedes Jahr hat für seine Schulden aufzukommen, anderenfalls ist der schmachvolle Zusammenbruch der nationalen Finanzen die Frage eines einzigen Jahrzehntes.

Ob der Chinazug aus der Steuerkasse oder aus dem Ertrag einer Anleihe zu bezahlen ist, hängt allein davon ab, ob gegründete Aussicht vorhanden ist, daß die Zopfträger alle von uns, freilich sehr gegen ihren Willen, für die gemachten Aufwendungen bei Heller und Pfennig mit Zins und Zinseszins zurückerstatten wollen (Wollen? Wichtiger noch ist die Frage nach dem Können!). An diese ihre Absicht glaubt wohl niemand. Und tatsächlich nimmt niemand an, daß es dem geldarmen Lande möglich sein wird, die 400 bis 500 Millionen, die uns das Abenteuer bereits kostet, aus sich heraus aufzubringen. Alle anderen Mächte werden ja ähnlich hohe Ansprüche zu stellen haben. Wir können mit Eugen Richter ganz vergnügt sein, wenn wir 66 2/3 Prozent von der ausgelegten Summe wiedersuchen (das heißt, also „nur“ 33 1/3 Prozent Verlust haben!) Wahrscheinlich aber wird die Dividende geringer ausfallen. Und deshalb war der Anleihezug, trotz des von allen Offiziösen mit vollen Backen gebriesenen, durchschlagenden Erfolgs falsch und volkswirtschaftlich verderblich.“

Der Kritiker schließt sein vernichtendes Urteil mit den Worten:

„Wir geraten immer tiefer in den Sumpf hinein, betreiben den Raubbau immer dreißter.“

In vorstehender, sehr berechtigter absprechender Kritik bemerkte man den bitteren Hohn, der darin liegt, daß Freidank von der geringen „Dividende“ spricht, die das China-Abenteuer abwerfen werde, der Krieg wird damit gewissermaßen als ein Aktienunternehmen betrachtet, dessen Tätigkeit — im Norden und Bernichten besteht: Krieg auf Aktien! Solche Aktionäre auf Massenmordunternehmungen sind alle diejenigen Leute, die auf Staatsanleihen zeichnen, die zu Kriegszwecken ausgeschrieben werden. Ueber sie urteilte der englische Kunst- und Gesellschaftskritiker Ruskin wie folgt:

„Ueberlegt einmal, wie es sich in Wirklichkeit mit den Darlehen an fremde Militärverwaltungen verhält und wie seltsam das Ganze ist. Wenn dein kleiner Junge zu dir käme und dich um Geld bäte, um es für Schwärmer und Knallbonbons auszugeben, so würdest du dich zweimal besinnen, ehe du es ihm gäbest; und sähest du es dann in Feuerwerk aufzudornen, so würdest du doch eine leise Ahnung davon aufdämmern, daß es verschwendet sei, selbst wenn dein Kind kein Unheil damit anrichtet. Die Kinder aber aus Rußland und die Kinder aus Oesterreich kommen zu dir und borgen Geld, nicht um es in unschuldigem Feuerwerk anzulegen, sondern in Patronen und Bajonetten, um dich damit in Indien anzugreifen und alles edle Leben damit in Italien niederzuhalten und polnische Frauen und Kinder damit zu ermorden, und dies Geld giebst du ihnen ohne Zaudern, weil sie dir Zinsen dafür zahlen. Um dir nun diese Zinsen zahlen zu können, müssen sie jeden arbeitenden Bauern in ihren Ländern besteuern und von dieser Arbeit lebst du. Du bestiehst also zu gleicher Zeit den österreichischen Bauer, tötest meuchlings den polnischen Bauer oder jagst ihn in die Verbannung und lebst von dem Ertrage des Diebstahls und dem Bestechungslohn für den Mord. Das ist das einfache Faktum; hierauf sind die Darlehen an fremde Mächte und die meisten hohen Verzinsungen zurückzuführen.“

Ruskin läßt dabei noch ganz das Risiko außer acht, das die Darleiher haben; geht nämlich der fröhliche Krieg auf Aktien zu Ungunsten der Partei aus, der man Darlehen gab, so kann es kommen, daß man nicht nur keine Zinsen bestieht, sondern sogar das Kapital zum Teil oder ganz verliert!

Man sieht, wenn man den Krieg und seine Ruhmeslorbeeren von der volkswirtschaftlichen Seite betrachtet, muß das Bild bedeutend düsterer erscheinen. Man darf sagen, daß bei jedem Krieg beide Parteien, der Sieger wie der Besiegte, alles in allem mehr verlieren als gewinnen. Ohne Verluste an Menschenleben, Menschenglück und -Gesundheit, und an Wirtschaftsgütern kommt auch der glänzendste Sieger nicht davon. Erobert er

Landesteile vom Gegner, so haben die gemeinlich eher durch den Krieg stark gelitten und fordern lange, mühevolle Kulturarbeit, um nur wieder den vorigen Stand zu erreichen. Zurück bleibt aber in der Brust der Besiegten der giftige Stachel des Hasses und Großes, der Durst nach Rache: als Keim für spätere neue Kriege!

Je mehr aber die Völker auf dem Weltmarkt und im gesteigerten Verkehr einander näher rücken, wird jeder neue Krieg viel gefährlicher und kostspieliger als alle früheren. Endlich wird man einsehen müssen, daß von allen Spekulationen und Kapitalanlagen der Massenmord auf Aktien so ziemlich die prekärste ist, jedenfalls aber die allergefährlichste und sittlich verwerflichste. Letzterer Grund wird die Kriege sicherlich nicht aus der Welt schaffen, eher die Erkenntnis der steigenden „Unrentabilität“! Wenn man erst allgemein begreift, daß mit dem Frieden unter allen Umständen „bessere Geschäfte zu machen sind“, dann werden auch die Aktien der Weltfriedensfreunde steigen.

Das liegt aber leider noch weit im Feld.

Von der Geschäftsförderung während der Dauer moderner Kriege selbst für die unbeteiligten Länder wollen wir hier noch einmal absehen. Wir in Deutschland wissen, was unsere „nationale Industrie“ unter dem Philippinenkrieg und unter den südafrikanischen und chinesischen Wirren gelitten hat und noch leidet. Alle Völker haben schon aus einfachen Erwägungen der geschäftlichen Interessen alle Ursache zu wünschen, daß dem Massenmenschenmord auf Aktien ein Ende gemacht werde.

Der Arbeiterschutz für das Gastwirts-Gewerbe.

Mit dem dem Bundesrat vorliegenden Entwurf einer Verordnung über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirts-Gewerbe beschäftigten sich die Gastwirtsgehilfen Berlins in einer öffentlichen Versammlung, die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag im Feenpalast tagte. Zu dieser Versammlung waren auch die Reichstagsabgeordneten eingeladen; vertreten war aber anständig nur die sozialdemokratische Fraktion durch die Genossen Molkenbuhl, Heine und Ledebour, während von mehreren Abgeordneten anderer Parteien Entschuldigungsschreiben vorlagen.

Der Referent G. Pösch kritisierte die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Redner empfiehlt, nachdem er noch auf eine Reihe Forderungen der Gehilfen hingewiesen hatte, welche in dem Entwurf völlig unberücksichtigt geblieben sind, folgende Resolution:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die Regierung eine Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge im Gast- und Schankwirts-Gewerbe durch eine Bundesratsverordnung herbeizuführen sucht, um so mehr als die in dem betreffenden Entwurf enthaltenen Bestimmungen in nur geringem Grade geeignet sind, den schädlichen Einflüssen zu steuern, unter denen die Gehilfen und Lehrlinge in Bezug auf die Gesundheit, die Fortbildung und das Familienleben zu leiden haben.“

Die Versammelten sind vielmehr der Ueberzeugung, daß eine nennenswerte Besserung ihrer mitleidigen Lage nur durch ein Specialschutzgesetz bzw. durch eine entsprechende Ergänzung der Gewerbeordnung herbeigeführt werden kann, worin die bestehenden Forderungen Berücksichtigung finden, die in der Petition der Gastwirtsgehilfen Deutschlands vom August 1900 an den deutschen Bundesrat und Reichstag enthalten sind.

Sollte aber die Regierung von einer Regelung im Wege einer Bundesratsverordnung, die schon an und für sich nur einen Teil der bestehenden Mißstände zu beseitigen im Stande wäre, trotzdem nicht ablassen wollen, so erwartet die Versammlung zum mindesten, daß folgende Forderungen berücksichtigt werden:

- a) daß außer der unter Ziffer 1 vorgeesehenen Ruhezeit noch Pausen während der Arbeitszeit von mindestens drei Stunden, insbesondere aber eine Mittagspause von mindestens einer Stunde vorgeesehen wird;
- b) daß von einer Ueberschreitung der täglichen Arbeitszeit (Ziffer 2) Abstand zu nehmen ist; sollte nichtsdestoweniger von einer Zulassung einer Ueberschreitung nicht abgesehen werden, so ist letztere auf wöchentlich einmal bis zur Höchstdauer von einer Stunde festzusetzen;
- c) daß die unter Ziffer 3 Abs. 1 vorgeschriebene 24stündige Ruhezeit auf wöchentlich einmal ausgebeht wird;
- d) daß den Gehilfen und Lehrlingen unter 16 Jahren innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zuzusichern ist;

* Daß diese für Rüstungszwecke gemachten Aufwände und die Rüstungen selbst thätlich die Kriegsgefahr selber steigern, läßt diese Art Versicherungsgeschäft doch recht bedenklich erscheinen!!

e) und daß ferner die unter Ziffer 7 enthaltene Bestimmung auf alle im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe thätigen Personen ausgedehnt wird.

In längeren Ausführungen kritisierte der Redner J. Wegener die völlige Unzulänglichkeit der geplanten Verordnung, in der die hauptsächlichsten Forderungen der Gastwirtschaftsgehilfen unberücksichtigt geblieben sind, trotzdem ihre Berechtigung nach jeder Richtung hin erwiesen und deren Durchführbarkeit nicht in Frage gestellt werden kann. Diese Verordnung bedeutet keinen Arbeiterschutz, sondern den Schutz der Unternehmer, die deshalb auch in ihren Organen nur noch zum Schein allerlei Einwendungen machen, im übrigen aber unumwunden zugeben, daß diese Bestimmungen keine Verbesserung der Lage der Angestellten herbeiführen und daß die Unternehmer in ihrer Ausbeutungsfreiheit nicht beschränkt werden. Der Redner giebt schließlich der Meinung Ausdruck, daß die Gehilfen höhere Forderungen stellen und weniger Konzessionen machen müßten, um mehr zu erlangen, als man jetzt gewähren will.

Reichstagsabg. Wollenbühr, von der Versammlung lebhaft begrüßt, erinnert an die Beratungen der Gewerbeordnung im Jahre 1891, wobei von der Regierung, insbesondere von dem damaligen Handelsminister v. Berlepsch, bestimmte Erklärungen abgegeben wurden, daß die Arbeiterverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe nicht auf dem Wege der Verordnung, sondern gesetzlich geregelt werden sollen. In der Hauptsache sind die unzulänglichen Bestimmungen in dem Entwurf allerdings mit auf den Umstand zurückzuführen, daß außer den Wirtevereinen auch eine Anzahl Kellnervereine die Fragebogen so beantwortet haben, als ob eine wirkliche Regelung der Arbeitszeit gar nicht erwünscht wäre. Im Gegensatz hierzu hat das Reichsgesundheitsamt auf Grund der vorhergehenden Erhebungen die Festsetzung einer bestimmten Ruhezeit für die Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe als durchaus notwendig erachtet. Auch in der Kommission für Arbeiterstatistik wurde anerkannt, daß technische Schwierigkeiten der Einführung eines wöchentlichen Ruhetags im Gastwirtschaftsgewerbe keineswegs entgegenstehen. So wie jetzt an den Sonnabenden und Sonntagen, also bei stärkerem Geschäftsverkehr, Hilfskräfte herangezogen werden, die in genügendem Maße vorhanden sind, so könnten diese auch die ständigen Gehilfen an den Ruhetagen vertreten. Die sehr günstige Folge hiervon würde noch die sein, daß mehr Arbeitskräfte eingestellt werden und daß die zahlreichen Familienväter, die auf Zuschularbeiten angewiesen sind, nicht nur einen oder zwei Tage, sondern öfters Beschäftigung finden können. Der dem Bundesrat vorliegende Entwurf frantk aber in erster Linie daran, daß die Bestimmungen nur auf etwa 100 000 Personen Anwendung finden, während ca. 158 000 davon ausgeschlossen werden. Durch den Schutz der ersteren werden aber zweifellos die letzteren noch mehr belastet, weil man sie länger beschäftigen und ihnen die Arbeiten der anderen Kategorien, deren Arbeitszeit beendet werden muß, aufbürden wird. Und gerade unter den Nichtbeschützten befindet sich nach der Statistik ein sehr großer Prozentsatz jugendlicher weiblicher Personen, deren Leben und Gesundheit im höchsten Maße gefährdet ist. Zu welchen sonderbaren Zuständen diese Bestimmungen führen müssen, ergibt sich daraus, daß z. B. die Arbeiterinnen, die in einer Konservenfabrik Gemüse in Büchsen einmachen, nur 11 bezw. 10 Stunden beschäftigt werden dürfen, während die Arbeiterinnen, welche das Gemüse auf Schüsseln und Tellern anrichten, in einem oftmals viel ungesünderen Arbeitsraum, in der Restaurationsküche, unbeschränkt 16 und 18 Stunden thätig sein müssen. Aber die Schutzbestimmungen werden gänzlich illusorisch gemacht, wenn sie nicht auf das gesamte Personal Anwendung finden, denn sie können schließlich schon durch die Form des abgeschlossenen Arbeitsverhältnisses, daß etwa der Kellner als Hausdiener eingestellt wird, aufgehoben werden. Der Redner, dessen Ausführungen wiederholt durch stürmische Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurden, erörterte sodann noch die Mißstände bei der Stellenvermittlung für deren Beseitigung ebenfalls nichts gesehen ist, und ermahnte die Versammelten, geschlossen für eine Besserung der Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die obige Resolution wurde, nachdem noch mehrere Redner gesprochen, einstimmig angenommen und das Bureau beauftragt, dieselbe dem Bundesrat und dem Reichstag zu übermitteln. Bekannt gegeben wurde vom Bureau, daß auch in verschiedenen anderen Städten bereits derartige Versammlungen einberufen, um gegen den Entwurf zu protestieren.

Rundschau.

Herrn Möllers erste Ministertat. Wie der Konfessionär meldet, hat sich vor kurzem der neue Handelsminister Möller in einer Versammlung rheinischer Industrieller dahin ausgesprochen, daß er seinen Einfluß im Staatsministerium gegen die Zustimmung zu der vom Reichstag beschlossenen Novelle zum Gewerbevertragsgesetz geltend machen würde.

Die Novelle zum Gewerbevertragsgesetz, die nur eine allerbestehende Ausgestaltung des bestehenden Gesetzes bedeutet, verliert durch diese Erklärung des neuen preussischen Handelsministers fast jede Aussicht auf Verwirklichung. Wenn der „nationalliberale“ Handelsminister Möller die winzige Reform verwirft, werden seine preussischen Ministerkollegen konservativer Herkunft ihm sicherlich nicht entgegengetreten. Und wenn Preußen die Novelle ablehnt, ist ihr Fall im Bundesrat so gut wie besiegelt.

Herr Möller aber erweist sich durch die Ankündigung seiner ablehnenden Stellung zur Gewerbevertragsnovelle als getreuer Diener des Centralverbandes der Industriellen. Herr Möller hat den Ehrgeiz, ohne Verweilen den Beweis zu erbringen, daß er als Minister dieselbe Feindschaft gegen jede irgendwie ernsthafte soziale Reform bewahrt hat, die ihn zum Führer des nationalliberalen arbeitfeindlichen Unternehmertums der rheinisch-westfälischen Großindustrie befähigt hat.

Verfälschung der Fabrikinspektoren-Berichte. Nun hat sich die Befürchtung also doch bestätigt, die vor einigen Wochen von uns ausgesprochen worden ist: der neueste Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors Wörrishofer, der bisher mit Recht wegen seiner Objektivität und seines tiefen Eindringens in die Verhältnisse des gewerblichen Lebens besonders hoch geschätzt wurde, hat bei seiner

Bearbeitung für die deutsche Sammelausgabe im Reichsamt des Innern viel von seinem früheren Werte eingebüßt. Auf das seit Jahren gewährte Verdienst, mit seinem Bericht jeweils zuerst auf dem Plan zu sein, mußte Herr Wörrishofer diesmal wohl oder übel verzichten. Aber auch inhaltlich ist seine Veröffentlichung gegen früher auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Mit Bedauern vermißt man z. B. das früher stets mit besonderer Sorgfalt behandelte Kapitel über Ursachen, Umfang und Verlauf der Streiks, in dem Regierungsrat Wörrishofer mit wohlthuernder Objektivität die kulturelle Bedeutung der Arbeiterorganisationen hervorzuheben und den Kampf des Proletariats um bessere Existenzbedingungen den Verdächtigungen der Scharfmacher gegenüber zu rechtfertigen pflegte. Seine diesbezüglichen Ausführungen dienten seiner Zeit der Arbeiterchaft in der Protestbewegung gegen die Zuchttausbildung als besonders wertvolle Waffe; es ist deshalb bezeichnend, daß gerade dieses Kapitel des Wörrishofer'schen Jahresberichtes am schwersten durch die Herausgabe der Berichte seitens des Reichsamts des Innern zu leiden hatte. Trotz dieser bedauerlichen Kürzungen und Verstümmelungen bietet die Veröffentlichung des Leiters der badischen Fabrikinspektion immer noch eine Fülle interessanter Material zur Beurteilung der sozialen und gewerblichen Verhältnisse des Landes.

Der Frage der Beseitigung der Nacharbeit im Bäckergerwebe scheint man jetzt, wie eine Berliner Lokal-Korrespondenz berichtet, seitens der Regierung näher treten zu wollen. Durch einen Regierungsrat aus dem Handelsministerium sind in maßgebenden Bäckereikreisen Erkundigungen über die Wirkung eines eventuellen Verbotes der Nacharbeit auf das Gewerbe sowie sonstige Entschärfungen nach dieser Richtung hin eingeholt worden. Die leitenden Personen der Berliner Bäckerei-Concordia befürworten schon seit langem die Abschaffung der Nacharbeit, während die Vorstandsmitglieder des Germania-Centralverbandes sich meist ablehnend verhalten. Man rechnet damit, daß sich das konsumierende Publikum entschieden dagegen sträuben würde. Doch geben auch die Gegner eines diesbezüglichen Verbotes zu, daß die Regelung der Arbeitszeit, die Kontrolle u. in den Bäckereibetrieben sich bei Abschaffung der Nacharbeit wesentlich vereinfachen würde. Das Resultat der vom Ministerium angestellten Erhebungen, die bisher mehr privater Natur sind, soll dann dem Bundesrat zu weiterer Beschlußfassung unterbreitet werden.

Christliche Gewerksvereiner gegen den Brotwucher. In Günnigfeld bei Wattencheid (Westfalen) fand am 5. Mai eine Versammlung des christlichen Gewerksvereins statt. Der Referent sprach sich mit Entschiedenheit für die Getreidezölle aus; dann trat jedoch ein Mitglied des christlichen Gewerksvereins auf, welches ausführte, er sei ein Kind des agrarischen Ostelbiens und habe als Landarbeiter bei den Rittergutsbesitzern genügend Hunger gelitten; er sei Gegner dieser Zölle, indem er aus praktischer Erfahrung wisse, daß die Getreidezölle den Kleinbauern und den Landarbeitern nicht zu gute kämen, denn der Lohn steige infolge des Zolls keineswegs. Die große Majorität der Versammlung erklärte sich mit dem Diskussionsredner einverstanden und gegen den Referenten; zugleich sprach man sich mißbilligend gegen Brust aus, der ein weiteres Zusammengehen der beiden stärksten Bergarbeiterorganisationen bei Knappschafswahlen u. hintertreibe. Die anwesenden Ausschußmitglieder des christlichen Gewerksvereins machten sehr verdutzte Gesichter und zogen schweigend ab.

Im Reichstagsgebäude geht es um. Aus Frauenkreisen schreibt man dem Vorwärts: Und der Geist, der die Hallen und Säle des Reichshauses besucht, hat ein zähes Leben. Noch wenige Tage zuvor, am 30. April, von einem Gegenmeister beschworen und zur Ruhe gebracht (man nennt es dort, über ihn zur Tagesordnung übergegangen), klopfte er am 4. Mai wieder vergnügt und bernehmlich an die Pforte der Gegenwart im nämlichen Reichshaus. Er ist eben kein Gespenst der Vergangenheit, der eigentlich längst tot ist, sondern ein zukunftsreicher Geist, der nach Leben und Dasein ringt. Sein Name lautet: freies Vereins- und Wahlrecht der Frau.

Die Gesellschaft für soziale Reform, d. h. der erweiterte Berliner Ausschuß derselben, hat in seiner Sitzung am 4. Mai einstimmig beschlossen:

„Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit der Mitwirkung der Frauen an allen sozialpolitischen Bestrebungen beschließt der Ausschuß der Gesellschaft für soziale Reform, eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag zu richten, in der der baldige Erlass eines Reichsgesetzes gefordert wird, das die der Anteilnahme der Frauen an jenen Bestrebungen entgegenstehenden Landesgesetzlichen Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsgesetzgebung aufhebt.“

Unter den einstimmig Beschließenden befanden sich Gitz, Meißner, Schmoller, Behrens, Sombart, Lehner und v. Berlepsch; lauter ehrenwerte Herren, weder der Sozialdemokratie noch sonst eines bösen Unsturzes verdächtig.

Am 30. April hat die Petition nach Sicherung völliger Koalitionsfreiheit und Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Gewerbeverträge keine Gnade vor den Augen der Petitionskommission gefunden. Der Abgeordnete Jacobskötter hat ausdrücklich betont, daß man keinen Anlaß habe, sich von sozialdemokratischen Frauen zu so weitgehenden Maßregeln treiben zu lassen. Wohl, jetzt sind es Herren in Amt und Ehren, die da treiben. Wird der junge Klopffgeist an ihrer Hand mehr Glück haben? Wird ihm die Pforte des Lebens aufgethan werden? Wenn nicht — so wird er eben wiederkommen.

Zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Montceau-les-Mines schreibt der Vorwärts: Für die Arbeiter bedeutet der Abschluß dieses Konflikts, der 107 Tage dauert, einen ganz gewaltigen Sieg. Die Forderungen, um deretwillen der Kampf entstand, sind im wesentlichen bewilligt. Aber das ist das geringere. Der Kampf hatte sich zu einem solchen um die Organisation ausgewachsen. In den ersten Monaten hatte die Direktion es abgelehnt, mit den Vertretern des „roten“ Syndikats zu unterhandeln; der Friedensschluß ist nur mit den „Roten“ gemacht worden, die „Gelben“, das Streikbrecher-Syndikat, spielte dabei gar keine Rolle. Alle Versuche, die Organisation zu sprengen, sind mißlungen. Geschlossen, wie die 9000 organisierten

Arbeiter die Arbeit hinlegten, ebenso geschlossen gehen sie wieder zur Grube. Die Direktion hat die Macht des organisierten Proletariats empfunden, und wird zu der Einsicht gekommen sein, daß sie in Zukunft mit ihr zu rechnen hat. Der Direktor Coste erkannte die Organisation in aller Form an und versprach, in Zukunft mit ihr in Verbindung zu bleiben. Noch einen anderen Beweis von dem nicht geringen Einfluß ihrer Bewegung erhielten die Bergleute von Montceau durch die Maßnahmen des Ministeriums. Das letzte Hindernis des Friedensschlusses bildeten bekanntlich die Entlassungen, welche die Direktion der Gruben vornehmen zu müssen vorgab. Ohne die 430 Betroffenen wollten auch die übrigen nicht zur Arbeit zurückkehren. Die Regierung sah sich veranlaßt, den Entlassenen in Staatsbetrieben Stellen nachzuweisen, die ihren ehemaligen gleichwertig sind. Daß die Regierung die Pflicht übernahm, den Opfern eines wirtschaftlichen Kampfes Arbeit nachzuweisen, ist nicht gering einzuschätzen. Es zeugt dies von dem wachsenden Einfluß des organisierten Proletariats auf die Entschlüsse der Regierung.

Fast 34 000 Mitglieder sind in der Cigarrenmacher-Union. Aus dem soeben ausgegebenen Jahresbericht der Cigarrenmacher Int. Union ist ersichtlich, daß sich die Einnahmen des Verbandes im Jahre 1900 auf 772 522.42 Dollar beliefen, an Beiträgen (30 Cents pro Mitglied) gingen allein 480 530.10 Dollar ein, an Affiliations für den Streik der hiesigen Cigarrenmacher 33 202 Dollar. Die Ausgaben betrugen 750 124.13 Dollar, darunter sind Posten für Reisedarlehen von 33 238.13 Dollar, Krankenunterstützung 117 455.84 Dollar, Arbeitslosenunterstützung 23 897 Dollar, Streikunterstützung 137 823.23 Dollar und Sterbepflicht 98 291 Dollar. Die Mitgliederzahl belief sich am 1. Januar 1901 auf 33 985; in dieser Zahl sind aber die reisenden Mitglieder nicht eingeschlossen.

Canadas Cigarrenmacher. Aus Montreal (Canada) wird gemeldet, daß im April sämtliche Cigarrenfabriken in Montreal geschlossen worden sind, denn die in der dortigen Cigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter, sämtlich Mitglieder der Internationalen Cigarrenmacher-Union, haben die Arbeit niedergelegt.

Es handelt sich bei diesem Streik nicht so sehr um eine Erhöhung der Löhne für Stückarbeit, als um Gleichstellung der Löhne für dieselbe Sorte von Cigarren in sämtlichen Fabriken der Stadt.

Der Streik, der voriges Jahr in mehreren hiesigen Cigarrenfabriken von der Union angeordnet wurde, hatte den Zweck, die Fabrikanten zu verhindern, mehr Lehrlinge anzustellen, als durch die Unionregeln gestattet wird, und die Streikenden traten so entschlossen, zielbewußt und mit Geldmitteln wohlversehen auf, daß die Bosse sich gezwungen sahen, nachzugeben. Aber es hat sie derart gerumelt, daß vorauszusehen war, der Sieg, den die Union damals errungen, werde zu weiteren Kämpfen führen. Die Bosse haben sich inzwischen auch organisiert und scheinen entschlossen zu sein, die Scharte vom vorigen Jahre auszuweichen.

Es giebt in Montreal 32 Cigarrenfabriken, von deren Besitzern 14 seit Jahren Unionlöhne bezahlt haben. Die anderen sollen jetzt gezwungen werden, dies auch zu thun.

Thomas H. Tracey, von Boston, Mass., Vicepräsident der Internationalen Cigarrenmacher-Union, ist in Montreal und hat den Fabrikanten die neue Lohnskala der Union vorgelegt, doch wurde er allenthalben mit der Erklärung abgewiesen, die Union werde nicht anerkannt und daraufhin erfolgte der Streik.

In Newhoff ermuntern einzelne große Cigarrenfabrikanter ihre Arbeiter, meist Spanier, dadurch zur Arbeit, daß sie in jedem Arbeitssaale einen Vorleser anstellen, der mitten unter den Arbeitern sitzt und mit lauter Stimme zuerst die Morgenzeitung und dann spanische Gedichte und Romane vorliest. Die Fabrikanten sind überzeugt, daß sie die musterhafte Ruhe und Ordnung, die in ihren Arbeitslokalen herrscht, diesen Vorlesern verdanken. Wie wäre es, so schreibt dazu die Deutsche Tabakzeitung, wenn unsere deutschen Fabrikanten es auch einmal mit einer solchen Einrichtung in ihren Fabriken versuchten?

Das könnte hübsch werden, wenn den Arbeitern als Morgensprache die Kreuzzeitung, die Norddeutsche Allgemeine, die Tante Boß und in den Provinzstädten die amtlichen Käseblätter vorgelesen würden.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Tabakarbeiter.

Alle Unterstützungen, Geldsendungen und Briefe sind in das Bureau der Ausständigen zu richten und zwar an **Karl Ohwald, Nordhausen, Schreiberstr. 10**, oder an den **D. Tab.-Arb.-B., Bremen**.

Arbeiter, Genossen! Vergesst nicht die ausgesperrten um ihr gesetzlich gewährleistetes Recht der Organisation kämpfenden Kantabakarbeiter in Nordhausen.

Zöhligen, Baden. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da ein Lohnabzug von 2.50 bis 3 Mark eintritt und außerdem vier Kollegen gemaskiert worden sind.

Drösch. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Adolf Tendinger Lohnunterschiede bestehen.

Sameln. Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, indem Differenzen ausgebrochen sind.

Halle a. S. Ueber die Fabrik von Julius Pleffe ist die Sperre verhängt. Die reisenden Kollegen werden darauf besonders aufmerksam gemacht.

Apolda. Am 9. März legten die Arbeiter der Firma Trabitsch die Arbeit nieder. Zugang ist streng fern zu halten.

Hferlohn. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß, bevor sie sich hier um Arbeit umsehen, sie sich erst an die Zahlstelle Altna zu wenden haben.

Adr.: Emil Bessel, Altna, Gartenstr. 6.

Köln. Zugang nach hier ist zu vermeiden, da Lohnunterschiede vorliegen. Die Kollegen am Niederrhein werden besonders aufmerksam gemacht, sich nicht durch Annoncen in verschiedenen Zeitungen (z. B. in der Vöcher Zeitung) nach Köln locken zu lassen. Die betreffende Arbeit, die zu 9 Mk. angeboten wird, wurde früher mit 10 Mk. bezahlt. Es ist Jaguararbeit. Die Kölner Kollegen ersuchen auch den christlichen Tabakarbeiterverband, Notiz davon zu nehmen.

Zu § 8, Abs. 1.
8. Nürnberg: Die ärztliche Untersuchung für Beitretende abgeben und der örtlichen Verwaltung die Einschließung betreffs Aufnahme zu überlassen, sowie auch Nicht-Tabakarbeitern den Zutritt zu gestatten.

Zu § 8, Abs. 6.
4. Groß-Steinheim: Weiblichen Mitgliedern, welche nicht doppelt hert sind, den Zutritt zur 3. Klasse zu gestatten.

Zu § 7.
5. Wiegitz, Süblengern: Erhebung eines Beitrittsgeldes in Höhe 2 Wochenbeiträgen derjenigen Klasse, in welcher der Zutritt ist.

Zu § 7, Abs. 8.
6. Altona, Calm, Dresden, Hamburg, Leipzig, Wandsbeck: Eine entsprechende resp. prozentuale Beitragserhöhung vorzunehmen.

7. Lübeck, Verden: Die Beiträge um 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen.

8. Ansbach (Mitglied Korndorfer), Berlin II, Diebrich, Cannstatt, Groß-Steinheim, Hochdorf, Hoffenheim, Klein-Aubeim, Langenbielau, Ohlau, Pöhlzig, Rixdorf, Schönlanke, Süblengern: Die Beiträge um 5 Pfg. zu erhöhen.

9. Dietesheim, Klein-Steinheim: Die Beiträge um 10 Proz. zu erhöhen.

Zu § 9.
10. Brieg, Nürnberg, Rixdorf, Schornborn: Den 14. Beitrag so lange zu erheben, bis der Reservefonds ergänzt ist.

Zu § 18, Abs. 1 b.
11. Altenburg, Bassum, Berlin I, Brandenburg a./S., Celle, Emmendingen, Freden, Heiligenstadt, Hilbesheim, Hochdorf, Langenbielau, Langewedel, München, Neu-Ruppin, Nürnberg, Debingen, Rasthor, Weisenfels, Wurzen und der Vorstand: Das Krankengeld erst vom 3. Tage nach dem Tage der Erkrankung zu gewähren.

12. Ansbach, Billwärder, Görlich, Werl: Das Krankengeld vom 2. Tage nach dem Tage der Erkrankung zu gewähren.

13. Jastrow, Brieg, Leipzig, Pöhlzig: Das Krankengeld vom Tage nach dem Tage der Erkrankung zu gewähren.

14. Seddenheim: Für die ersten drei Tage ein Drittel des Krankengeldes zu gewähren.

15. Berlin II, Durlach, Gumbelshheim, Hoffenheim, Wiegitz: Für die ersten drei Tage die Hälfte des Krankengeldes zu gewähren.

16. Ansbach, Schönlanke, Süblengern: Bei Krankheiten, welche durch schuldhaftige Beteiligung von Schlägeren oder Raufhändeln, durch Trunksucht oder geschlechtliche Ausschweifung entstanden sind, kein Krankengeld, sondern nur Arzt und Arznei zu gewähren.

17. Ansbach, Cannstatt, Hoffenheim, Ohlau, Schönlanke: Wochenunterstützung auf 4 Wochen in Höhe des Krankengeldes.

18. Ansbach (Mitglied Korndorfer): Die ärztliche Behandlung auch von einem anderen bei einer centralisierten Krankenkasse angestellten Arzt zu gestatten.

19. Der Vorstand: Bei erwerbsunfähiger Erkrankung freie ärztliche Behandlung und Heilmittel nur bis zu 26 Wochen zu gewähren.

20. Der Vorstand: An Mitglieder, welche in den ersten 13 Wochen ihrer Mitgliedschaft erkrankten, als Krankengeld nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes des Beschäftigungsortes zu gewähren.

Zu § 14, Abs. 1.
21. Ansbach, Görlich, Jastrow: Wegfall des Krankengeldes an gesetzlichen Feiertagen.

22. Rawitzsch: Das Krankengeld prozentual herabzusetzen und auf die Dauer von 40 Wochen zu gewähren (20 Wochen volles und 20 Wochen halbes).

23. Neu-Ruppin: Auf die Dauer von 18 Wochen das volle und auf 9 Wochen das halbe Krankengeld zu gewähren.

24. Klein-Steinheim: Für 18 Wochen das volle und für 13 Wochen das halbe Krankengeld zu gewähren.

25. Verden: Das Krankengeld der II. Klasse bei entsprechender Beitragserhöhung zu erhöhen.

§ 14, Abs. 3.
26. Braunschweig, Altenburg, Jastrow: Wegfall des erhöhten Krankengeldes an doppelt Versicherte.

27. Dresden: Gewährung des erhöhten Krankengeldes auf 26 resp. 52 Wochen.

28. Der Vorstand: Mitglieder, welche noch Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und Arznei aus einer anderen Kasse haben und die nach § 13, Abs. 1 a, zu gewährenden freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel nicht in Anspruch nehmen wollen, erhalten das Krankengeld pro Tag um 25 Pfg. erhöht (auf 26 Wochen).

Zu § 15, Abs. 1.
29. Gumbelshheim: Herabsetzung des Sterbegeldes um 10 oder 15 Mt.

30. Pöhlzig: Kürzung des Sterbegeldes um 10 Prozent.

31. Jastrow: Gehört der Verstorbene der Kasse noch keine 13 Wochen an, so wird nur ein Viertel, und wenn noch keine 26 Wochen, nur die Hälfte des üblichen Sterbegeldes gewährt.

32. Der Vorstand: Das Bestattungsgeld beträgt:

In der I. Klasse	100 Mt.
" II "	77 "
" III "	68 "
" IV "	54 "
" V "	31 "

Gehört das verstorbene Mitglied der Kasse noch keine 13 Wochen an, so wird kein Sterbegeld gewährt, und besteht die Mitgliedschaft noch keine 52 Wochen, so wird nur die Hälfte der vorbezeichneten Stala gewährt.

Zu § 16, Abs. 4.
33. Langwedel: Abschaffung der freien Arztwahl.

Zu § 17, Abs. 2.
34. Otensen: Das ärztliche Attest muß nebst Quittungsbuch innerhalb 24 Stunden bei der Ortsverwaltung eingereicht, resp. zur Einbringung an den Vorstand auf die Post gegeben werden, widrigenfalls kann der Vorstand auf eine Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark erkennen.

Zu § 18, Abs. 3.
35. Altona: Kürzung der Angehörigen-Unterstützung auf das gesetzlich zulässige Minimum.

Zu § 21.
36. Diebrich: Die Krankenkontrolle zu verschärfen.

Zu § 29.
37. Der Ausschuß: Im Absatz 4 vor Beginn der zweiten Zeile einschalten: der Vertreter des Ausschusses und falls ein solcher nicht zugegen ist u. i. w.

Zu § 36.
38. Der Ausschuß: Zur Ueberwachung der Geschäftsleitung des Vorstandes und der Thätigkeit der Revisoren wird ein Ausschuß von 5 Mitgliedern gebildet; auch werden 3 Ersatzmänner bestimmt. Dem Ausschuß sind alle dem Vorstand betreffenden Beschwerden vorzulegen, soweit solche nicht der Kompetenz des Schiedsgerichtes unterliegen. Er prüft die Berichte der Revisoren; auch ist derselbe berechtigt, falls es hierzu die Majorität der Ausschußmitglieder für notwendig erachtet, selbständige Revisionen der Hauptkasse vorzunehmen oder die Revisoren mit der Vornahme außerordentlicher Revisionen zu betrauen. Ferner hat der Ausschuß das Recht, ein Vorstandsmittelglied, wenn es seine Pflicht nicht erfüllt, seines Amtes vorläufig zu entheben und die Funktionen desselben für die Dauer der Suspension dem betreffenden Ersatzmann zu übertragen. Außersordentliche Generalversammlungen gegen den Willen des Vorstandes einzuberufen, ist der Ausschuß berechtigt, wenn mindestens vier seiner Mitglieder für diesen Beschluß stimmen.

Der Teil des Absatzes 1 vom § 36 beginnend mit dem Satz: Die Wahl des Sines u. i. w. ist als Absatz 2 und der bisherige Absatz 2 als Absatz 3 dem vorgeschlagenen Absatz 1 anzufügen.

Zu § 38, Abs. 2.
39. Rawitzsch: Als Verwaltungskosten sind pro verkaufte Marke 1/4 Pfg. zu berechnen.

Zu § 41, Abs. 6.
40. Der Ausschuß: Folgenden Zusatz zu machen: Der Vorsteher der Verwaltungsstelle ist verpflichtet, dem Ausschuß die Namen und Adressen der gewählten Revisoren mitzuteilen.

Zu § 42, Abs. 2.
41. Groß-Aubeim, Groß-Steinheim, Klein-Aubeim: Bessere Wahlbezirkteiler resp. Zusammenlegung der drei genannten Verwaltungsstellen.

42. Rawitzsch: Die Wahl der Abgeordneten erfolgt in dem von der Verwaltung vorher bekannt gemachten Wahlbureau und hat das Wahlkomitee während zwei Stunden die zusammengefassten Stimmzettel von den Mitgliedern, wenn nicht persönlich bekannt, durch Mitbringen des Mitgliedsbuches, entgegenzunehmen und darüber eine namentliche Liste zu führen.

Zu § 42, Abs. 4.
43. Braunschweig: Die Diäten auf 8 Mt. pro Tag herabzusetzen.

Zu § 42, Abs. 10.
44. Der Ausschuß: In der vierten Zeile hinter dem Worte Hauptkassierer einzuschalten: und soweit es sich um Verwaltungsangelegenheiten handelt, der Vertreter des Ausschusses.

Zu § 42, Abs. 14.
45. Der Ausschuß: In der zweiten Zeile hinter „Vorstand“ einzuschalten: „und der Ausschuß“; ferner in derselben Zeile das Wort „er“ zu streichen und dafür zu setzen: „der Vorstand“.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
46. Durlach: Das Gehalt des Geschäftsführers und Kassierers auf 1600 Mt. pro Jahr festzusetzen.

Specialanträge.
47. Einsbüttel: Mit der Jahresabrechnung auch einen Situationsbericht herauszugeben.

48. Hoffenheim: Wegfall der Rezeptformulare.

49. Cannstatt: Wegfall der Rezeptformulare sowie der Generalversammlungsprotokolle nach bisherigem System; letztere sind nach Bedarf gegen 10 Pfg. zu verabsolgen.

50. Altenburg, Klein-Steinheim, Ohlau, Schönlanke, Weisenfels: Wegfall der Rezeptformulare und Jahresabrechnungen. Einführung eines jährlichen Circulars.

51. Rostbrack: Dem Beitragsammler (Vereinsboten) ein monatliches Gehalt aus der Kasse zu gewähren.

52. Woltersdorf: Einrichtung einer Versicherung für Kinder bezüglich Gewährung von Arzt und Arznei pro Woche und Kind mit 5 Pfg.

53. Magdeburg, Osterode: Den Zwang (?), die Brillen von Rathenow zu beziehen, aufzuheben.

54. Neu-Ruppin: Bei Ablehnung der gestellten Anträge den Vorstand zu beauftragen, mit anderen Centralkassen zwecks Uebertritt in Verbindung zu treten.

55. Baugen: Mitgliedschaften, welche fortgesetzt nicht im Interesse der Gesamtheit arbeiten, kann der Vorstand durch Antrag beim Schiedsgericht von der Kasse ausschließen (?).

56. Wurzen: Mittel und Wege zu finden, damit die Kasse nicht als Alters- und Invalidenanstalt betrachtet wird.

57. Finsterwalde: Bei Ablehnung der Anträge betreffend Zuschußkasse eine Urabstimmung darüber herbeizuführen.

58. Paster (Mitglied Louis Junke): Mittel und Wege zu suchen, um auch noch andere in Deutschland befindliche Tabakarbeiterkassen zu veranlassen, sich in Zuschußkassen umzuwandeln.

Berichte.

Barmbed. Am 5. Mai fand hier eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung; 2. Anträge zur Generalversammlung; 3. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung; 4. Wahl einer Wahlprüfungskommission; 5. Wahl von drei Revisoren für die Hauptkasse; 6. Verschiedenes. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verliest Kröber das Circular des Vorstandes, worin den Mitgliedern der schlechte Stand unserer Kasse mitgeteilt wird und um diesem abzuweichen, empfohlen wird, im Falle einer Erkrankung die ersten zwei oder drei Tage kein Krankengeld zu zahlen. Kollege Herrmann kann diesem nicht beipflichten, da es doch etwas zu hart wäre, wenn man einem Mitgliede im Falle der Erkrankung die ersten Tage nichts gewähren sollte. Er empfiehlt die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse. Lenz bemerkt, daß der Vorstand nicht in der Lage ist, die Zuschußkasse zu empfehlen; es müsse auf dem Bestehenden weiter gebaut werden, daher die Empfehlung der dreitägigen Karenzzeit. Kröber erkennt auch die augenblickliche Lage als sehr schwierig an, kann aber die Karenzzeit auch nicht empfehlen; es könnten lieber die Gesunden etwas mehr zahlen. Otto ist der Meinung, daß der Arzt und die Heilmittel die Kasse zu sehr belasten, was bei der Zuschußkasse fortfällt. Auch Kollege Jäger trat für die Zuschußkasse ein. Ein Antrag von Jäger: Die Kasse dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes zu entziehen und als Hilfskasse (sog. Zuschußkasse) bestehen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Bei der nun folgenden Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung erhielt Kröber von 22 abgegebenen Stimmen 18. In die Wahlprüfungskommission wurden Memann, Behrmann und Henning gewählt. Als Revisoren für die Hauptkasse wurden Memann, Henning und Behrmann wiedergewählt. Zum Schluß fragt Drechsler, wie es komme, daß einige Zählstellen, wie z. B. Bremen und Berlin, so viel Zuschuß gebrauchen. Es wurde ihm von Lenz und Otto geantwortet, daß sich mit dieser Frage schon der Vorstand und auch eine Generalversammlung befaßt hätten, aber der Grund sei nicht zu finden. Auch ist schon verschiedenes dagegen angewendet worden, wie verschärfte Kontrolle u., aber umsonst, es ist alles beim alten geblieben.

Hamburg-Einsbüttel. In der am 8. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands wurde über Anträge zur Generalversammlung und Wahl eines Delegierten zu derselben diskutiert. Zunächst wurde das vom Hauptvorstande an die Ortsverwaltung gesandte Circular verlesen und einer lebhaften Diskussion unterworfen. Kollege Schmidt wendet sich in seiner Ausführung gegen jede Erhöhung der Beiträge sowie gegen jede Schwächung des Krankengeldes. Redner bemerkt, daß wiederholt Anträge zur Auflösung der Kasse resp. Umwandlung derselben in eine Zuschußkasse gestellt worden sind. Berechtigt und begründet seien dieselben durch die schlechte finanzielle Lage der Kasse. Die Einführung des 14. Quartalsbeitrages, der ohne eine Beitragserhöhung um 5 Pfg. sei, vermochte dies nicht zu ändern. Der Vorschlag des Hauptvorstandes auf Einführung einer dreitägigen Karenzzeit beim Krankengeldbezüge sei eine Ungerechtigkeit, indem davon nur diejenigen Mitglieder betroffen würden, die in einem Krankenhause nicht untergebracht werden können; letzteres muß bezahlt werden. Er beantragte Umwandlung der Krankenkasse in eine Zuschußkasse. Nachdem noch die Kollegen Gröber, Heilig, Jungblut, Dehne und Herman im gleichen Sinne gesprochen, wird der Antrag mit 18 gegen 1 Stimme angenommen. Als Delegierter wird Kollege Gröber gewählt. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde allgemein bedauert, daß nicht jedes Mitglied ein Circular erhalten habe, denn das hätte mehr zur Klärung beigetragen. Ein Antrag, alljährlich bei der Abrechnung auch einen Situationsbericht über Stand und Mitgliederbewegung der Kasse herauszugeben, wird einstimmig angenommen.

Breslau. Am Sonntag den 12. Mai fand hier in dem Lokal zu den 3 Lauben, Neumarkt 8, eine Mitgliederversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands, örtliche Verwaltung Breslau, statt, um über Anträge zur Generalversammlung und Wahl eines Delegierten zu beraten. Der Vorsitzende Kollege Krepmer eröffnete die Versammlung und ertheilte das Wort dem Kassierer Dzialoczynski, welcher in längerer Rede die bisher im Tabakarbeiter veröffentlichten Anträge besprach und zu dem Standpunkte sich bekannte, daß die Kasse unbedingt bestehen bleiben müsse. Nach einer längeren Debatte wurde folgendes Reso-

lution von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die Mitglieder der Filiale Breslau, Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands (S. S.), sind der Ansicht, daß die Kasse unter allen Umständen in der jetzigen Form erhalten bleiben möge. Sollten Opfer gebracht werden müssen, so sind die hiesigen Mitglieder gewillt, dieselben mitzubringen, nur erwarten sie von der Generalversammlung, daß dieselbe die Opfer gleichmäßig verteilen und sie nicht auf die schwächsten Schultern abwälzen wird.“ Als Delegierter wurde Kollege Dzialoczynski gewählt.

Leipzig. Ueber die Verhältnisse in der Hausindustrie müssen wir noch auf einiges aufmerksam machen. Sollte es nicht möglich sein, die größten Uebelstände zu beseitigen? Wir müssen besseres Material und wenigstens soviel verlangen, daß es möglich ist, die geforderte Zahl daraus machen zu können. Es ist traurig, wenn trotz angestrengter Arbeit und Mühe das Unmögliche nicht zu ermöglichen ist. Die Klagen beim Abkassieren nehmen überhand. Aber die Hausarbeiter haben alle Fühlung verloren; da kein bestimmter Lieferer ist, treffen sie sich selten und die wenigsten schließen sich der Organisation an. Die Versammlungen zu besuchen, halten sie nicht für notwendig, trotzdem sie wissen, daß nur durch Zusammenhalten etwas zu erreichen ist. Aus Angst und Furcht sind manche schon soweit herabgesunken, daß sie von dem geringen Verdienst auch noch Tabak kaufen, um die geforderte Zahl liefern zu können. Kollegen und Kolleginnen! Wir sind als Organisierte verpflichtet, eine derartige Mißwirtschaft der Doffentlichkeit bekannt zu geben. Aber zunächst ist es unser aller Aufgabe, alle Kollegen zu vereinigen. In Kürze wird eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung stattfinden; nun hoffen wir, daß sie zahlreich besucht wird. Wir erlauben die Kollegen aus anderen Orten, welche hauptsächlich nach Leipzig arbeiten, uns umgeben Material über die Zustände in der Hausarbeit einzufenden, aber, wo viele sind, wie in Delitzsch, Eilenburg, Wurzen, Frankenhäusen u. s. w., womöglich einen Kollegen zu der Versammlung zu entsenden. Die Vorortskommission.

Mitten. Dem bei der Firma Jechke u. Sohn in Trachau beschäftigten Meister Gash mag es schon längst ein Dorn im Auge gewesen sein, daß immer und immer wieder die Art und Weise, wie derselbe mit den Arbeitern umzugehen beliebt, in Versammlungen kritisiert wurde. Hauptächlich schien es der Kollege Kühn dem Herrn Gash angethan zu haben. In einem Gespräch mit zwei Kollegen leistete sich nun Herr Gash die unten näher bezeichnete Beleidigung mit der Versicherung, den Beweis hierfür zu erbringen. Eine überaus stark besuchte Versammlung wollte Herrn Gash Gelegenheit geben, sein Beweismaterial aufzutischen. Leider glänzte derselbe durch Abwesenheit. Die Versammlung faßte daher einstimmig den Beschluß, dem Kollegen Kühn auf Kosten des Verbands Rechtschutz zu gewähren, und wurde dieser Antrag seitens der Verbandsleitung in Bremen acceptiert. Kurz nach Einleitung des gerichtlichen Verfahrens ließ Gash den Kollegen Kühn durch dessen Rechtsanwalt ersuchen, die Klage rückgängig zu machen, er, Gash, wolle sämtliche Kosten bezahlen, sowie durch eine Erklärung die gethane Äußerung zurücknehmen. Da es nun Kühn weniger auf eine Bestrafung des Herrn Gash ankam, so erklärte er sich bereit, dem Wunsche nachzukommen. Folgende Erklärung wurde nunmehr Kühn zugefickt:

Erklärung: Hierdurch nehme ich die im März d. J. von mir den Cigarrenarbeitern Herrn Diebler und Gasser gegenüber in Bezug auf Herrn Emil Otto Kühn in Mitten gethane Äußerung: Kühn sei zu einem Geschäftsmann gekommen, habe diesem Cigarren zum Kaufe angeboten und hierbei zu bemerken gesagt: Sie leben doch auch hauptsächlich von Arbeitern, ich bin sozialdemokratischer Agitator, Sie können mich auch unterstützen und mir Cigarren abkaufen; wenn Sie keine nehmen, da bedarf es eines Wortes von mir und — unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erkläre ausdrücklich, daß ich die durch vorstehende Äußerung über Herrn Kühn behauptete ehrenrührige Thatsache nicht zu beweisen vermag.

Trachau, den 18. Mai 1901

Herrmann Heinrich Gash.

Sich selbst zugezogen hat, sowie mit der Deckung der nicht unbedeutenden Kosten davon gekommen sein. Für die Zukunft wird er sich jedoch wenigstens die eine Lehre aus dem Vorfall gezogen haben, daß es doch klüger ist, die Sozialistenbekämpfung zu unterlassen.

Heidelberg. Eine von der Vorortskommission des 48. Agitationsbezirks, welcher das badische Unterland umfaßt, einberufene Konferenz der Tabakarbeiter fand am letzten Sonntag, den 12. Mai, mittags hier in der Brauerei Krauß statt. Auf der Konferenz waren vertreten die Orte Eßlingen, Schwetzingen, Ladenburg, Kirchheim, Heidelberg, Hoffenheim, Waibstadt, Meßsheim, Mingolsheim und Mannheim. Aus der Pfalz waren von Oggersheim und Speter Vertreter erschienen. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf den Tätigkeitsbericht der Vorortskommission. Denselben erstattete Kollege Overt-Mannheim und ist daraus zu ersehen, daß außer einer großen Anzahl von Besprechungen z. sieben öffentliche Versammlungen stattfanden, die teilweise die Gründung von Zählstellen zur Folge hatten. An den Bericht schloß sich keine nennenswerte Debatte; es wurde sodann der Vorortskommission Decharge erteilt. Besonderer Dank wird bei dieser Gelegenheit dem Heidelberger Gewerkschaftsartell für seine Beihilfe bei der Agitation ausgesprochen. Zweitens erstatteten die Delegierten Situationsberichte aus den einzelnen Orten. Dieselben ergaben im großen Ganzen kein erfreuliches Bild. Aus allen Orten wurde berichtet, daß die Frauen den Hauptteil der Arbeiterkraft bilden. In Eßlingen machte sich eine christliche Organisation bemerkbar. Von allen Delegierten wußte nur der Oggersheimer Vertreter zu berichten, daß infolge der Einigkeit etwas hätte durchgeführt werden können. Der Delegierte von Kirchheim berichtet über den Streik bei der Firma Gebr. Fisch. Derselbe ist als verloren zu betrachten; die Firma hat genügend Streikbrecher gefunden. Die ausständigen Arbeiter haben in einer anderen neuingerichteten Fabrik in Kirchheim Arbeit erhalten, doch sind da die Verhältnisse auch nicht die besten. Der etwas später erschienene Vertreter aus Mingolsheim bei Bruchsal berichtet über die dortigen Verhältnisse. In diesem Orte ist es vorgekommen, daß ein Fabrikant Arbeiter entlassen hat, weil sie nicht auf seinen Befehl in einer Wirtschaft verkehrten, in welche derselbe Cigarren lieferte. Das Refusum der Berichterstattung faßte Kollege Overt in längeren Ausführungen zusammen und wies darin besonders darauf hin, daß die Cigarrenfabrikation immer mehr auf das flache Land verlegt wird, weil da die Fabrikanten gefügigerer Werkzeuge ihrer Ausbeutung finden, als in den Städten. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage: Wie betreiben wir unsere fernere Agitation? Hierbei wurden verschiedene Anregungen gemacht und hauptsächlich auch darauf hingewiesen, daß man sich mehr darum erkundigen solle, wohin die Cigarren geliefert würden und hauptsächlich bei den Konsumvereinen dahin wirken zu wollen, daß sie ihre Cigarren nur von solchen Fabrikanten beziehen, die ihren Arbeitern einigermassen anständige Löhne bezahlen, in dieser Richtung sei teilweise schon mit Erfolg gearbeitet worden. Schließlich wird ein Antrag angenommen, welcher fordert, die Agitation wie seither zu betreiben und es der Vorortskommission überläßt, alles, was sie für gut befindet, zu thun. Nachdem noch einige weitere Angelegenheiten besprochen worden waren, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Ohlau. Am Montag den 6. Mai legten sämtliche Sortierer und Ristenmacher, welchen von Herrn Deter am 4. Mai gekündigt worden ist, die Arbeit nieder. Durch geschlossenes Vorgehen ist es gelungen, im Laufe der Woche in Verhandlungen mit dem Chef einzutreten, welche für beide Teile zu einem guten Resultat abgeschlossen sind und somit am Dienstag den 14. Mai die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Wir hoffen, daß die Tabakarbeiter Ohlaus, welche der Organisation noch fern stehen, eine Lehre daraus ziehen und bald ihrer Pflicht nachkommen und sich organisieren.

Zur finanziellen Lage unserer Central-Krankenkasse.

Mit bestimmter Regelmäßigkeit, wie das Mädchen aus der Fremde, wird nun schon seit bald zehn Jahren zu jeder Generalversammlung unserer Kasse der Antrag zur Diskussion gestellt, die Kasse zur Zuschußkasse umzuwandeln. Ich will gleich bemerken, daß ich die freien Hilfskassen durchaus nicht als ein „Nährmichnichtan“ betrachte, sondern ich bin der Meinung, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern sein wird, wo wir uns an deren Stelle bessere Einrichtungen schaffen können. Die augenblickliche schlechte finanzielle Lage unserer Kasse hat bewirkt, daß obiger Antrag zur bevorstehenden Generalversammlung mit besonderer Lebhaftigkeit diskutiert wird. Dieselben Argumente wie jetzt, sind ja schon auf den letzten vier Generalversammlungen ins Feld geführt worden. Ich habe die in letzter Zeit im Tabak-Arbeiter erschienenen Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen, bin trotzdem noch nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Umwandlung unserer Kasse in eine sogenannte Zuschußkasse uns aus der Finanzlemme hinausbringen wird. Die Freunde der Zuschußkasse mögen sich ja von der besten Absicht leiten lassen, allein bei einer solch wichtigen Frage soll man doch mit aller Vorsicht zu Werke gehen und keine Beschlüsse herbeizuführen suchen, welche man später zu bereuen hat. Fast alle Krankenkassen Deutschlands befinden sich in finanzieller Beziehung mit uns in gleicher Lage. Hieran trägt nicht der Umstand schuld, daß dieselben ihren Mitgliedern freien Arzt und Medizin zu liefern haben, sondern hauptsächlich bilden hierzu die in den letzten Jahren zahlreichen Erkrankungsfälle, sowie die zur Zeit herrschende Arbeitslosigkeit die Hauptursachen. Diese traurigen Erscheinungen werden auch nicht durch eine Aenderung der Kassenform beseitigt. Diese Erfahrung wird bestätigt, wenn man die Verhältnisse der Hamburger Krankenkassen betrachtet. Es kommen hier neben den Ortskassen hauptsächlich zwei große Lokalkassen in Frage. Was die erste Kategorie von Kassen betrifft, so sind die Verhältnisse je nach der Berufsart der Mitglieder sehr verschieden. Die Ortskassen derjenigen Berufe, welche einigermaßen erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, gewähren für einen verhältnismäßig geringen Beitrag hohe Leistungen, während die Ortskassen derjenigen Berufe, in welchen schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen vorherrschend sind oder ihrer Natur nach zahlreiche Berufskrankheiten zu verzeichnen haben (zu welchen auch die hiesige Ortskasse der Tabakarbeiter zählt), für recht hohe Beiträge nur geringe Leistungen gewähren können. Die Lokalkassen haben bis vor zwei Jahren für einen wöchentlichen Beitrag von 45 Pfg. ein ganzes Jahr Krankengeld von wöchentlich 12 Mk., sowie die durch Gesetz vorgeschriebenen Leistungen gewährt. Dieses war nur durch das Vorhandensein eines großen Stammes gesunder Mitglieder sowie durch andere günstige Erscheinungen möglich. In den beiden letzten Jahren haben auch diese sonst gut fundierten Institute finanzielle Schwierigkeiten gehabt und man hat sich dazu verstehen müssen, die Leistungen herabzusetzen, resp. die Beiträge zu erhöhen.

Nun wird wohl niemand behaupten wollen, daß hieran die Ausgaben für Arzt und Medizin allein die Schuld tragen. Wir bezahlen hier für die Lieferung von Arzt und Medizin pro Mitglied und Jahr 4.50 Mk., gleichviel, ob wenige oder zahlreiche Erkrankungsfälle zu verzeichnen sind; trotzdem stehen die Ausgaben und die an die Hauptkasse eingesandten Ueberüberschüsse der fünf Zahlstellen in den beiden letzten Jahren in gar keinem Verhältnis zu denen früherer Jahre.

Wenn die Altenburger Generalversammlung den Beschluß nicht gefaßt hätte, den ersten Tag der Erkrankung die Barunterstützung zu gewähren, so wäre uns die heutige Finanzlemme vielleicht erspart geblieben, allein die damaligen Delegierten waren eben keine Hellscher. Kollege Barth-Finstertwalde schreibt zwar in seinem ersten Artikel: Die Anhänger der Zuschußkasse hätten den abermaligen Rückgang der Kasse vorausgesehen; das ist etwas anmaßend, wenn man in Betracht zieht, daß auf der Altenburger Generalversammlung gerade die Delegierten, welche für Umwandlung gestimmt hatten, nach geschehener Abstimmung Anträge gestellt haben, welche der Kasse noch bedeutend höhere Ausgaben auferlegt haben würden.

Es scheint nun vielfach die Meinung vorherrschend zu sein, daß bei Umwandlung in eine Zuschußkasse unsere Mitglieder in den Ortskassen aufgenommen werden; diese Ansicht ist jedoch eine irrige. Ganz abgesehen von den Mitgliedern, welche für sich arbeiten, kommen doch die zahlreichen Hausarbeiter, welche unserer Kasse angehören, in Betracht, für die bekanntlich die Krankenversicherungspflicht noch nicht besteht. Einige Ortskassen nehmen dieselben bis zu einer bestimmten Altersgrenze auf, dieselben müssen dann jedoch die vollen Beiträge zahlen. Hier in Hamburg darf die Ortskasse beispielsweise keine Hausarbeiter aufnehmen. Nun läßt ja das Gesetz zu, daß man in der Zuschußkasse eine Klasse errichten kann, in welcher nur nichtversicherungspflichtige Mitglieder aufgenommen werden. Angenommen, wir würden in betreffender Klasse auch 18 Mk. Krankengeld gewähren, wozu nach meiner Berechnung immerhin ein wöchentlich Beitrag von 70 Pfg. erforderlich wäre, so glaube ich nicht, daß man mit der geplanten Zuschußkasse gegenüber der heutigen Central-Kasse einen so vorteilhaften Laufschuß macht, da dann doch von der Krankenunterstützung die Ausgaben für Arzt und Medizin seitens des Kranken bezahlt werden müßten.

Glauben denn die Anhänger der Zuschußkasse, daß die Vorstände der Ortskassen, in welche unsere Mitglieder gegebenenfalls eintreten würden, sobald durch diese neu eintretenden Leute die Ausgaben der Kassen für Krankheitsfälle der unserer Branche angehörenden Personen höhere sein werden, diesem Mißverhältnis mit verschrankten Armen zusehen werden? Weit gefehlt! Die betreffenden Kassen werden einfach von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch machen und die Arbeitnehmer wie auch die betreffenden Arbeitgeber zu höheren Beiträgen heranziehen. Sobald jedoch der betreffende Fabrikant mindestens 50 Arbeiter beschäftigt, wird man einfach bei der betreffenden Landesbehörde beantragen, den betreffenden Fabrikanten

zu verpflichten, für seine Arbeiter eine Fabrikkasse zu errichten; wie solches ja der hiesigen Firma J. S. Piza, resp. deren Fabrikfiliale in Goslar ergangen ist. Diejenigen Kollegen, welche gezwungen sind, einer solchen Kasse anzugehören, werden mir bestätigen, daß diese Kassenform in den meisten Fällen nichts weiter ist, als eine Karikatur von einer Einrichtung auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Man hat ja in diesen Kassen ein recht probates Mittel, diejenigen Personen, welche in gesundheitlicher Hinsicht nicht ganz sattelfest sind, „wegen Mangels an Arbeit“ zu entlassen, womit dann auch gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Fabrikkasse erlischt.

Ich bin nun der Meinung, daß man mit einer Umgestaltung unserer Kasse bis zum Erscheinen der neuen Krankenfassennovelle wartet, da man doch heute noch nicht entscheiden kann, ob dieselbe Verbesserungen auf dem Gebiete des Kassenwesens bringen wird. Wir haben schon viele Opfer für Erhaltung unserer Kasse gebracht, so daß sich wohl ein Weg finden wird, die Kasse noch eine Zeitlang in bisheriger Form zu erhalten.

Zur Komplettierung des Reservefonds erlaube ich mir folgenden Vorschlag zu machen und bitte die Delegierten, demselben mit in Erwägung ziehen zu wollen.

1. Für den ersten Tag der Erkrankung keine Barunterstützung zu gewähren;
2. Mitglieder, welche während der ersten 13 Wochen ihrer Mitgliedschaft erkranken, nur 13 Wochen die Mindestleistung zu gewähren;
3. Statt 52 nur 26 Wochen freien Arzt und Medizin zu liefern;
4. Doppelt versicherte Mitglieder erhalten an allen Orten eine gleichmäßige Erhöhung des Krankengeldes und zwar täglich 30 Pfg.

Hamburg. W. Sander.

Verbessern wir uns mit den Ortskassen?

Die Freunde der Orts- und Zuschußkassen fahren fort, unserer Kasse ein Bein zu stellen und die Ortskassen in den Himmel zu heben. Daß zur Zeit unsere Kasse schlecht steht, bestreitet niemand, aber daß sie so schlecht steht, daß wir auf Wiedergesundung nicht mehr rechnen dürfen, braucht nicht ohne weiteres zugegeben werden. So wie bei uns, so wachsen auch in anderen Kassen die Ausgaben und stellen erhöhte Anforderungen an die Opferwilligkeit der Mitglieder. Dem können wir uns nicht entziehen, gleichviel, ob wir dieser oder jener Kasse beitreten.

Da ist gesagt worden, wir müssen die Kasse umwandeln, weil wir Arzt und Medizin teurer bezahlen müssen, als die Ortskassen. Das ist eine Behauptung, die jeder Unterlage entbehrt. Die Ausgaben für Medizin und ärztliche Behandlung sind bei allen Kassen in stetigem Steigen begriffen. Sie wachsen nicht nur entsprechend dem Wachstum an Mitgliedern, sondern sie nehmen auch von den gesamten Krankheitskosten einen steigend höheren Teil fort.

1889 wurden für sämtliche Versicherte im Reich für Arzneien 11,8 Millionen Mark ausgegeben, die 16,6 Prozent der Krankheitskosten betragen, 1898 dagegen sind 23,7 Millionen Mark für Arzneien u. ausgegeben, die 17,2 Proz. der Krankheitskosten betragen haben. Da auch die Kosten der Anstaltsverpflegung steigen und zwar von 11,1 Proz. (1889) auf 17,6 Proz. (1897) demnach die Zahl der Kranken, die ihre Arzneien nicht aus Apotheken erhalten, jetzt bedeutend größer ist als früher, so zeigt sich, daß für Arzneien u. gegenwärtig mehr Geld als früher ausgegeben wird. Die Bezahlung der Ärzte stieg ebenfalls von 14,6 Millionen Mark auf 26,9 Millionen Mark, das ist von 20,6 Proz. der Krankheitskosten auf 22,3 Proz. derselben. Entsprechend dieser Steigerung ging die Summe der gezahlten Krankengelder zurück.

Diese Erscheinung, das Wachstum der Kosten für Arzneien und ärztliche Behandlung und der Rückgang des Krankengeldes im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen, macht sich aber weit mehr in den Ortskassen, als wie in den freien Hilfskassen und speziell in unserer Kasse bemerkbar. Von je 100 Mk. Krankheitskosten wurden ausgegeben von

Sämtl. Kassen.	Ortskassen.	Fr. Hilfsk.	Tabakarb.-Centr.-K.
Für Arzt	Mk. 22,3	21,1	17,9
„ Medizin u. c.	17,1	17,5	11,6
Zusammen	Mk. 39,4	38,6	29,5

Demnach betragen die Aufwendungen für Arzt und Medizin bei sämtlichen Kassen 39,4, bei den Ortskassen 38,6, bei unserer Kasse gegenwärtig nur 24,1 Proz. Ganz besonders sind diese Unkosten bei einzelnen Kassen in die Höhe gegangen. Während im ganzen Reich das Arzthonorar im Durchschnitt für jeden Versicherten 3.12 (1896) und 3.24 Mk. (1897) betragen hat, kam auf jedes Mitglied unserer Kasse (1900) nur 2.89 Mk. Bei den sächsischen Kassen beträgt die Ausgabe für Arzt und Medizin durchschnittlich 33 Prozent sämtlicher Ausgaben, speziell in Leipzig stieg die Arztpauschale seit 1888 von 3 Mk. bis 1898 auf 4.50 Mk.

In Berlin stieg die Ausgabe aller Kassen für die Apotheken im Verhältnis zu den übrigen Krankheitskosten seit 1894 von 13,70 Proz. auf 15,42 Proz. und bei der Brandenburger Ortskasse wuchsen die Arzneikosten von 3.06 Mk. pro Mitglied (1897) auf 4.58 Mk. (1898).

Unsere Kasse arbeitet also in dieser Beziehung noch recht günstig. Zu beachten ist noch, daß wir für ein volles Jahr Arzt und Medikamente gewähren, was bei den Ortskassen meistens nicht der Fall ist. Demnach sieht man, daß wir uns in diesem Punkte durch den Uebertritt in die Ortskassen nicht verbessern würden.

Was nun unsere Leistungen an Barunterstützung anbetrifft, so gehen die Behauptungen dahin, daß die Ortskassen unserer Kasse entweder mindestens gleichkommen oder dieser in der Gewährung von Krankengeld weit über sind. Auch diese Behauptungen entbehren der tatsächlichen Unterlage.

Hinsichtlich der Länge der Unterstützungsdauer habe ich schon in Nr. 19 des Tabak-Arbeiter nachgewiesen, daß die freien Hilfskassen, und speziell auch unsere Kasse, den Ortskassen über sind. In Bezug auf die Höhe der Unterstützungen trifft dasselbe zu. Von je 100 Mark Krankheitskosten (einschließlich Arzt und Medizin) wurden gezahlt:

Sämtl. Kassen.	Ortskassen.	Fr. Hilfsk.	Tab.-Arb.-Centr.-K.
Barunterstützung	Mk. 43,0	41,9	59,4
Anstaltsbehandlung	17,6	19,5	11,1
Zusammen	Mk. 60,6	61,4	70,5

Auch die Tagesleistung der Hilfskassen ist höher, als die der Ortskrankenkassen. 1898 zahlten durchschnittlich

pro Mitglied	f. männl. Mittgl.	f. weibliche Mittgl.
die Ortskassen	1.24	1.36
„ Hilfskassen	1.66	1.70

In den Kassen Berlins waren es von sämtlichen Versicherten in den Ortskassen 18,5 Prozent Innungskassen 37,0 „ Hilfskassen 58,0 „

welche ein Krankengeld von mehr als 12 Mk. pro Woche erhielten. Immer und überall mit wenigen Ausnahmen sind es die Orts-

kassen, welche hinter den Leistungen der Hilfskassen und auch unserer Kasse zurückstehen. Sehr handgreiflich ist auch der Him auf die für die Berliner Tabakarbeiter in Betracht kommende Ortskasse. (Vergleiche Nr. 19 des Tabakarbeiters.) Wenn unsere Kasse für 65 Pfg. ein Krankengeld von 15 Mk. auf die Dauer 26 Wochen gewährt und darüber hinaus die Hälfte, oder für j weiteren Krankheitsfall wieder auf 13 Wochen das Volle, so ist viel mehr, als wenn die Berliner Kasse für 63 Pfg. nur 9 „ oder für 36 Pfg. = 4.50 Mk. pro Woche auf die Dauer von 26 Wochen zahlt.

Für diejenigen, welche sehen wollen, sind diese Beispiele in die Augen springend, zum mindesten widerlegen sie die Behauptung, daß unsere Kasse trotz ihrer schlechten Lage durchgehend weniger geleistet habe, als die Ortskassen. Bedenklich bleibt es bei dieser Sachlage wohl, den Sprung in die Ortskassen zu machen.

Unsere Kasse war in letzter Zeit genötigt, den Reservefonds anzugreifen. Das soll aber nicht allein bei uns, sondern auch bei anderen Kassen, sogar in den vielgeprüften Ortskrankenkassen vorkommen, wenn sich, wie jetzt bei uns, eine besondere Erkrankungshäufigkeit bemerkbar macht. Es gibt nun freilich Kollegen, die da meinen, bei uns trete die Erkrankungshäufigkeit so hervor, weil die Mitglieder alt und wacklig geworden sind und die Mäglichkeit, jüngere Mitglieder für die Kassen zu werben, sei nicht vorhanden. Ich gebe zu, daß man uns in dieser Beziehung das Leben sauer macht. Wenn jede Gelegenheit dazu benützt wird, das Vertrauen zu unserer Kasse zu untergraben, wenn die Leistungen derselben stets als belanglos hingestellt und demgegenüber die Ortskassen als wahre Muster von Leistungsfähigkeit gepriesen werden, wo man für wenige Nickel die blanken Thaler nur so einheimen kann, wenn man weiter so fortfährt, dann freilich wird es schwer sein, die verjüngenden Kräfte für unsere Kasse zu werben, dann muß die Steuerkraft der Mitglieder abnehmen und die Krankheitsfälle werden sich häufen. Kehrt man aber die Agitation ins Gegenteil, dann wird sich bald eine andere Situation ergeben.

Thatsache ist, daß gegenwärtig ein erschreckend großer Prozentsatz von Mitgliedern Krankengeld bezieht. Im letzten Rechnungsjahr betrug die Erkrankungsziffer bei den männlichen Mitgliedern 48,6, bei den weiblichen 56,9. Diese Erkrankungsziffer, die 1899 bei den weiblichen Mitgliedern noch höher war (57,27), ist schuld an der jetzigen Krise.

Sind es nun wirtschaftliche Ursachen oder ist es eine verminderte Widerstandsfähigkeit unserer Mitglieder, welche den gegenwärtig hohen Krankenstand verursachen, gleichviel bei der Umwandlung in eine Zuschußkasse, würden uns dieselben Faktoren das Leben sauer machen. Einnahmen und Ausgaben müßten auch dort einander harmonieren. Bei starker Inanspruchnahme würden wir auch dort von Krisen nicht verschont bleiben. Es steht aber gar nicht ohne weiteres fest, daß der hohe Krankenstand, welchen wir jetzt haben, derselbe bleiben wird. Er ist erst seit 1899 rapid in die Höhe gegangen; außerdem hatten wir in früheren Jahren dieselben Erscheinungen. 1892 war der Krankenstand gleich hoch, bei den weiblichen Mitgliedern sogar noch höher. Er betrug damals 48,38 bei den männlichen und 58,85 bei den weiblichen Mitgliedern, ging aber bis 1894 auf 36,45 bei den männlichen und 44,85 bei den weiblichen zurück. Daraus kann man schließen, daß auch in Zukunft der Krankenstand nicht für alle Zeit so hoch bleiben wird, als gegenwärtig und daß wir mit einer vorübergehenden Krise zu rechnen haben. Diese zu überwinden, muß versucht werden.

Uebrigens haben wir auch analoge Erscheinungen bei den vielgeprüften Ortskrankenkassen. Speziell sind außer der Cannstatter besonders noch die Stuttgarter Ortskassen als Muster hervorgehoben. Die Leistungen der letzteren sind mir bekannt und ich bin weit davon entfernt, dieselben als geringwertig hinzustellen; beweisen will ich aber doch, daß auch diese Kassen mit ähnlichen Widerwärtigkeiten zu kämpfen haben. Der Stuttgarter Ortskassenverband zählt ungefähr 38 000 Mitglieder. Zusätzlich liegt mir der Rechenschaftsbericht dieses Verbandes von 1899 vor. Zu Ruh und Frommen unserer Mitglieder greife ich aus diesem einige interessante Stellen heraus. Zunächst heißt es:

„Eine Vergleichung der Erkrankungsziffern des Jahres 1899 mit denen des vorigen Rechnungsjahres ergibt eine nicht unwesentliche Steigerung der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheiten. Während im Jahre 1898 von den männlichen Mitgliedern 45,4 Proz. und von den weiblichen Mitgliedern 53,03 Proz. als erwerbsunfähig zu unterstützen waren, ist im Jahre 1899 die Zahl der männlichen auf 50,7 Proz., die der weiblichen auf 58,5 Proz. gestiegen.“

Es ist dieses der nämliche Krankenstand, welchen wir gegenwärtig haben; auch die Krankheitsdauer ist die gleiche. Nachdem nun weiter ausgeführt worden ist, daß diese hohe Erkrankungsziffer auf die Influenzaepidemie und ihre Folgeerscheinungen zurückzuführen ist, und daß seit 1889 ein solch unverhältnismäßig hoher Krankenstand noch nie zu konstatieren war, wird weiter ausgeführt:

„Daraus ergibt sich, daß der finanzielle Abschluß der Kassen sich gegenüber früheren Jahren etwas ungünstiger gestaltet und nur wenige Kassen in der Lage waren, dem Reservefonds die gesetzlich vorgeschriebenen zehn Prozent der Jahreseinnahme an Beiträgen zuzuwenden, einige Kassen waren sogar genötigt, die Bestände des Reservefonds, der ja allerdings zur Deckung eines unerwarteten Mehraufwandes angesammelt ist, anzugreifen. Es werden aber trotzdem einzelne Kassen in die unangenehme Lage verlegt sein, ihre Beiträge erhöhen zu müssen, wenn sie nicht ihren Mitgliedern die über das gesetzlich vorgeschriebene eingeräumten Vergünstigungen ganz oder teilweise entziehen wollen.“

Was ist aus Vorstehendem zu folgern? Daß auch die bestfundiertesten Ortskassen in ähnliche Lage kommen können, wie unsere Central-Kasse, und daß die Mitglieder solcher Kassen ebensogut wie bei uns mit der Möglichkeit etwaiger Beitragserhöhungen oder Beschränkungen der Kassenleistungen zu rechnen haben. Nebenbei bemerkt, hat auch die in Nummer 19 vom Kollegen Heine erwähnte Hamburg-Altonaer Lokalkasse im letzten Jahre eine Unterbilanz von 25 584,87 Mk. gehabt; eine Thatsache, die im bejagtem Artikel vorwiegend erwähnt wird. Ueberall ist es dasselbe Lied: Mehrnen sich die Krankheitsfälle, dann wachsen die Ausgaben, und die Beitrag zahlenden Mitglieder sind genötigt, den Ausfall zu decken. Dies ist hüben wie drüben, und mit der Zuschußkasse wird das nicht anders.

Unsere Central-Kasse lebensfähig zu erhalten, hängt ganz von unserem Willen ab. Entschieden sich die Generalversammlung dahin, dann wird auch über das Wie? Uebereinstimmung erzielt werden. Die Mitglieder einzelner Orte mögen ja durch den Uebergang in die Ortskassen und die Umwandlung in die Zuschußkasse Vorteil haben. Die Mehrzahl aber, das steht fest, würde bei solchem Beschluß nur aus dem Regen unter die Traufe geraten.

Brandenburg a. S., den 19. Mai 1901. D. Seibow.

Anträge

zu der am 17. Juni 1901 und folgende Tage in Bernburg stattfindenden Generalversammlung der Central-Krankenkassen und Ortskassen der Tabakarbeiter Deutschlands (C. K. Nr. 92, Hamburg).

- Es beantragen:
1. Potsdam: Die Kasse aufzulösen oder einer anderen größeren freien Hilfskasse anzuschließen.
 2. Köln, Altmorchen, Altona, Barmbeck, Bernburg, Bremen, Cannstatt, Cassel, Köln a. Rh., Delmenhorst, Dresden, Eimsbüttel, Erfurt, Finsterwalde, Frankfurt a. O., Gelnhausen, Hamburg, Hannover, Hedemünden, Heiligenstadt, Holzhausen, Kiel, Neumarkt, Ottenen, Pirna, Röhrbach, Rastatt, Schmöln, Speyer, Striegau: Die Kasse in eine Zuschußkasse umzuwandeln.

Zug nach Wald (Solingen) ist streng fernzuhalten, da bei der Firma Muntendruck (Poststraße) Differenzen bestehen.

Bremen. Wegen Maßregelung von vier Cigarrensortierern und großer Arbeitslosigkeit ist der Zug nach hier streng fernzuhalten. Die Bevollmächtigten der umliegenden Zahlstellen werden ersucht, den reisenden Kollegen hiervon Notiz zu geben.

Basewalk. Ueber die Fabrik von Johannes Ewenius ist die Sperre verhängt. Die reisenden Kollegen werden darauf besonders aufmerksam gemacht.

Mainz. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß hier seit dem Streik mit Lohnabzug gearbeitet wird; das wollen die Kollegen beherzigen.

Hildorf. Zug nach Hildorf ist streng fernzuhalten, da hier Differenzen bestehen. Auch werden die reisenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß hier keine Reiseunterstützung mehr ausbezahlt wird.

Zorgan. Da die Streikenden alle in anderen Betrieben Arbeit erhalten haben, so ist damit der Streik beendet. Die Sperre bleibt jedoch bei der Firma Platt bestehen, indem noch keinerlei Zugeständnisse gemacht sind.

Wittlich. Der Streik dauert unverändert fort.

Steinigtalwulsdorf. Zug nach hier ist streng fernzuhalten, da Lohnunterschiede ausgebrochen sind.

Kirchheim. Der Streik der Arbeiter der Firma Fisch hat dadurch seine Erledigung gefunden, daß die Streikenden in einer neu eröffneten Fabrik in Arbeit traten. Ueber die Firma Fisch ist nach wie vor die Sperre verhängt.

Nordhausen. Zug fernhalten!

Schwepnitz. Zug nach hier ist fernzuhalten.

Die Arbeiterorganisationen Sosens haben nach einer Meldung des Vorwärts beschlossen, daß das ihnen gehörige Tabakgeschäft unter der Firma J. Gogowski wegen der in Nordhausen herrschenden Aussperrung der Tabakarbeiter von dort keinen Tabak mehr bezieht. Es würde angebracht sein, wenn die Arbeiter überall diesem Beispiel folgen und keinen Tabak aus Nordhausen mehr konsumieren würden.

Der Kampf der christlichen Cigarrenfabrikanten in Kaldenkirchen treibt immer sonderbarere Blüten. Bekanntlich wurden sämtliche (350) Cigarrenmacher, welche dem Verband angehören, von dem Fabrikantenverband ausgesperrt und die Wiedereinstellung in die Arbeit von dem Austritt aus der Organisation abhängig gemacht. Die christlichen Gewerkschaften haben den Kampf um ihre Organisation energisch aufgenommen und benutzen alle die Mittel, welche früher von ihnen so verabscheut wurden, als Boykott zc. Es war auch der Plan aufgetaucht, eine Produktionsgenossenschaft zu gründen, und wollten die christlichen Verbände das nötige Geld flüssig machen, unter anderem hatte der christliche Textilarbeiterverband vom Niederrhein schon 10 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Jetzt plötzlich kommen einige fromme Kapitalisten und bieten ein Kapital von 500—800 000 Mk. an, um in Kaldenkirchen eine große Cigarrenfabrik als Konkurrenzunternehmen gegen den Fabrikantenverband zu errichten. Die Arbeiter sollen durch Gewinnbeteiligung an dem Prosperieren des Unternehmens interessiert werden. Motiviert wird der Plan damit, daß die Starrköpfigkeit der Unternehmer die Cigarrenindustrie in Kaldenkirchen sehr gefährdet sei und dieselbe im Interesse der Arbeiter unbedingt erhalten müsse. Die spekulativen Kapitalisten schieben ideale Grundfälle vor, um ihr Kapital sehr nutzbringend anzulegen. Sie rechnen auf einen guten Stamm von Kunden, und zwar auf die Konsumvereine, welche am Rhein massenhaft von den christlichen Gewerkschaften, trotz aller Gegenagitation der Centrumpresse, gegründet werden. So sind in den Kreisen Grefeld und Kempen allein in den letzten zwei Monaten gut zwei Duzend Konsumvereine gegründet worden oder sind in der Gründung begriffen. Die christlichen Gewerkschaftsführer beabsichtigen, alle die Vereine in einen Verband zusammenzufassen und den Einkauf gemeinschaftlich zu betreiben.

Auf diese Kundschaft reflektiert das Konsortium schon vorab, und man sieht, daß die Spekulation der frommen Kapitalisten, welche vorgeben, im Interesse der Arbeiter zu handeln, einen sehr realen Untergrund hat. Doch dem sei wie ihm wolle, auf jeden Fall trägt der Kampf in Kaldenkirchen viel zur Aufklärung der christlichen Arbeiter bei, denn dort wird ihnen durch die That bewiesen, daß das Wort von Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter eitel Fiktion ist.

Sie verkennen die modernen Gewerkschaften. Das Evangelische Vereinsblatt empfiehlt den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine in einem Artikel seiner letzten Nummer den Anschluß an die fast- und kraftlosen Girsch-Dunderschen Gewerkschaften und begründet seine Warnung vor den modernen Gewerkschaften u. a. wie folgt:

„... Leider ist es nun nicht möglich, unseren Mitgliedern den Eintritt in die stärksten gewerkschaftlichen Organisationen, in die sogenannten „Gewerkschaften“, zu empfehlen. Die meisten von ihnen beschränken sich nicht darauf, die Berufsinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten und diese darüber aufzuklären, sondern sie sind zugleich politische Vereine, sie bemühen sich, ihre Mitglieder mit sozialdemokratischer, revolutionärer, christentumsfeindlicher Gesinnung zu durchdringen; ihre Gewerkschaftsorgane sind erfüllt von Haß gegen Religion und Vaterlandsliebe. Diese sozialdemokratischen Gewerkschaften schädigen damit auch die anderen Arbeiterberufsorganisationen. Eine Folge ihres Gebarens ist, daß in Deutschland sämtliche Arbeiterberufsvereine als politische Vereine gelten und bei ihren Versammlungen polizeilich überwacht werden.“

Dafür dürfte das christliche Blatt wohl den Beweis schuldig bleiben, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit Haß gegen Religion und Vaterlandsliebe und christenfeindlicher Gesinnung zu durchdringen suchen. Das fällt ihnen gar nicht ein. Sie haben viel zu viel damit zu thun — und das ist ja auch der vornehmste Zweck der modernen Gewerkschaften — die Uebergriffe der Unternehmer zurückzuweisen und das materielle Los ihrer Mitglieder zu verbessern. Das natürlich die einzelnen oder sagen wir die besten Mitglieder der Gewerkschaften auch gute Sozialdemokraten sind, liegt in der Natur der Sache, hat aber mit ihrer Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften nichts zu thun. Wer die Satzungen der Gewerkschaften befolgt, kann sonst sein, was er will: Christ oder Jude, Sozialdemokrat oder Christlichsozialer, niemand wird ihm deshalb etwas in den Weg legen. Möglichst gute Existenz-

bedingungen erringen wollen doch alle und satt essen möchte sich der Christ so gut wie der Atheist. Freilich, so wackelbändig den Unternehmern gegenüber wie die Girsch-Dunderschen verhalten sich die modernen Gewerkschaften, nicht sie verfechten energisch die Interessen ihrer Mitglieder, was man bekanntlich von den „Girschen“ nicht gerade behaupten kann.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Kollegen! Am Sonntag den 19. Mai hielten die Bevollmächtigten der Zahlstellen Hamburg, Altona, Ottensen, Eimsbüttel, Barmbeck, Wanders- bed und Schiffbeck sowie die Zahlstelle Hamburg des Deutschen Sortiererverbandes in Hamburg eine Sitzung ab. Hauptfachlicher Gegenstand war die Aussperrung der Nordhäuser Tabakarbeiter. Die Versammelten waren von einer Meinung beseelt, daß nämlich die Tabakarbeiter von Hamburg und Umgegend alles zu thun haben, um den Nordhäusern in ihrem Kampfe beizustehen.

Zunächst handelt es sich um die Aufbringung von Mitteln. In dieser Hinsicht soll jede Zahlstelle die Aufbringung von Geldern nach den Verhältnissen regeln, wie sie dieses für zweckmäßig hält und wurde von sechs Verwaltungen sofort eine Summe von 870 Mk. bereitgestellt. Es wurde noch beschlossen, den Nordhäusern aber auch in anderer Weise den Sieg zu erleichtern. Oft schon haben die finanziellen Mittel nicht ausgereicht und erst der Boykott war die wirksamste Waffe des Sieges. So wollen wir versuchen, am hiesigen Städtekomplexe den Boykott über die Nordhäuser Fabrikate zu verhängen. Bereits sind die Vorarbeiten im Gange und erwarten wir nur noch die Zustimmung der in Betracht kommenden Kartelle, um dann in eifriger Tätigkeit zum Boykott zu schreiten. Wir glauben, nicht vergebens an die hiesigen Arbeiter zu appellieren.

Kollegen! Wir fordern Euch auf, überall, an jedem Orte, wo Klassenbewußte Arbeiter leben, dieselben aufzuklären über das brutale Vorgehen der Nordhäuser Fabrikanten. Wir fordern Euch auf, an jedem Orte Schritte einzuleiten, damit die Nordhäuser Fabrikate, soweit sie bei Fabrikanten hergestellt werden, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben, solange boykottiert werden, bis die Arbeiter den Sieg errungen haben.

Organisiert allerorten den Boykott! Wir wollen den Herren zeigen, daß sie nicht ungestraft die Koalitionsfreiheit durch ein Machtgebot antasten können. Wir wissen, daß die Fabrikanten in Nordhausen schon jahrelang bemüht sind, die Arbeiter zu knebeln und zu unterdrücken. Gelingt es diesmal nicht, den Nordhäusern Kollegen zum Siege zu verhelfen, dann ist eine blühende Mitgliedschaft durch Fabrikantenübermut zu Grunde gerichtet und unser Verband bedeutend geschwächt. Zeigen wir den Kautabakararbeitern, daß wir gewillt sind, alles dran zu setzen, um ihnen zum Siege zu verhelfen.

Gelingt es den Fabrikanten, den Sieg zu erringen, dann sind die Arbeiter der Kautabakbranche zum größten Teil für uns verloren. Auf also, zum Boykott, opfert Mühe, Zeit und Geld! Es gilt jetzt, den Kapitalismus an einem seiner edlen Teile, dem Nordhäuser Fabrikantenring, zu treffen.

Im Auftrage:
Die geschäftsführende Kommission der Tabakarbeiter obengenannter Zahlstellen.

Berichte.

Nordhausen. Anlässlich der weiteren Ausdehnung des Tabakarbeiterausstandes fand am 14. Mai im Schützenhause eine von etwa 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege Apel referierte über die gegenwärtige Situation. Von den Verhandlungen, welche auf Anregung der Tabakarbeiter und des Verbandsvorsitzenden Reichmann stattgefunden, war ein ungünstiges Ergebnis zu berichten. Es ging daraus hervor, daß die Herren vom Fabrikantenbund eine friebliche Ent- wicklung der Dinge nicht wollen. Obwohl bei der Verhandlung vom 8. Mai mit anwesende zweite Bürgermeister darauf hinwirken konnte, daß die Forderung der Tabakarbeiter bezüglich Anerkennung des Arbeitsnachweises gegenreich wirken könne, erklärte sich der Fabrikantenbund bereits ablehnend gegen die Forderung. Der als arbeiterfreundlich (?) bekannte Herr Hannevader brachte es fertig, den Arbeitern ins Gesicht zu erklären, er habe die älteren Spinner überhaupt schon eine Zeitlang durchgefüttert (Snabenbrot). Derselbe Herr hatte schon vorher erklärt, man könne ja für die älteren Arbeiter, die bei ihm über 20 Jahre ihre Knochen zu Markte tragen mußten, ein Invalidenheim gründen. Zu den weiteren Forderungen der Arbeiter: Regelung des Lehrlingswesens zc. machte man einige Konzessionen. Bezüglich der Verbesserung der traurigen Röllchenmacherlöhne machten die Herren Vorschläge, die eine Verschlechterung (nach den sofort aufgestellten Berechnungen) ergaben. Alles in allem, wie auch der Schriftwechsel zwischen dem Fabrikantenbund und den Arbeitern beweist, steht nunmehr die Thatsache fest, daß die Fabrikanten den Kampf den Arbeitern aufgezwungen haben durch den prognostischen ablehnenden Standpunkt. Nach einem uns nunmehr vorliegenden letzten Schreiben des Vorsitzenden des Fabrikantenbundes, lehnen die Herren alle weiteren Verhandlungen endgültig ab.

Der Kampf um das Koalitionsrecht ist nunmehr für Nordhausen auf der ganzen Linie entbrannt. Heute zählen wir rund 500 Personen im Ausstand, in den übrigen Fabriken läuft die Kündigung Sonnabend ab. Heute stellten noch sämtliche Spinner und Röllchenmacher, sowie die Hilfsarbeiterinnen bei den Firmen Grün u. Triepel, Inhaber D. Krnie, sowie die Röllchenmacher der Fabrik G. Reddersen die Arbeit ein.

Arbeitswillige, die zu dem schmächtlichen Anschlag der Unternehmer gegen die Organisation eine Handhabe bieten, finden sich natürlich auch; zumeist sind es junge Mädchen, Frauen und Männer, die zum Teil früher entriestet von den Fabrikanten vom Hofe gejagt wurden, heute aber liebe Kinder sind. In einer Fabrik soll man sehr zweifelhaftes Gesindel engagiert haben. Die Ausständigen lassen sich durch die minimalen Ersatzfräfte natürlich nicht abhalten, wie die Resolution der letzten Versammlung, welche von 1200 Personen angenommen wurde, befundet. Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen haben gelobt: Ehe es dem Terrorismus und der Unternehmervöllerei gelingt, unsere stolze Organisation zu vernichten, wollen wir den aufgedrungenen Kampf durchzuführen bis zum äußersten. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft.

Obwohl der Fabrikantenbund von auswärts Erlaß sucht, waren bis jetzt keine Erfolge zu verzeichnen; im Gegenteil wurden von Hensberg und anderen Städten, wo Tabakarbeiter arbeiten, dem Vorgehen der hiesigen Fabrikanten die volle Solidarität der Arbeiter gegenübergestellt. So beschlossen die Arbeiter in Magdeburg, Duisburg zc. einen festen Wochenbeitrag zur Unterstützung unseres Kampfes zu zahlen; ebenso das hiesige Gewerkschaftskartell. Der Kampf wird hart, aber unsere Sache ist zu gerecht, als daß sie nicht die Unterstützung aller Klassenbewußten Arbeiter hätte. Die Parole der Nordhäuser Tabakarbeiter ist: Keine Unterstützung dem Terrorismus der Kautabak-Bourgeois. Hoch die Organisation!

In Betracht kommen 10 Firmen. Von den sonst beschäftigten 219 Spinnern, 92 Spinnerlehrlingen, 519 Vorleger- und Decker- macherinnen, 176 Röllchenmachern und 144 sonstigen Tabakarbeitern befinden sich 208 Spinner, 17 Spinnerlehrlinge, 366 Vorleger- und Deckermacherinnen, 115 Röllchenmacher und 9 sonstige Tabakarbeiter sowie 4 Cigarrenmacher im Ausstande. Bis jetzt sind an Unterstützung 4560 Mk. ausgezahlt.

Mit der Bitte um weitgehendste Verbreitung dieser Thatsachen zur Herbeiführung moralischer und materieller Unterstützung aller mit uns denkenden und fühlenden Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, zeichnet

Das Komitee der Ausständigen.

Das Bureau der Ausständigen befindet sich im Verkehrshofal Nordhausen, Schreiberstraße 10. Geldsendungen an Karl Schwab im Bureau.

Elsterberg i. B. In der Cigarrenfabrik von Gustav Voigt, hier, wurden drei Arbeiterinnen, weil sie 25 Jahre bei der Firma arbeiten, mit einem Diplom und je einem Sparkassenbuch mit 100 Mk. bedacht. Das wird in Amts- und anderen Blättern als eine große Wohlthat gepriesen. Wie stimmt aber folgendes dazu? Bei allen hiesigen Cigarrenfabrikanten, und das wird anderwärts auch der Fall sein, ist es eingeführt, daß der Wickelmacher entrippte Einlage erhält. Für das Entrippen zahlt der Fabrikant pro Kilo 7—8 Pfg. Nur bei Herrn Voigt müssen sich die Arbeiter die Einlage selbst entrippen. Angenommen, eine mittlere Arbeitskraft verbraucht ohne Mischung pro Tag 2 Kilo Einlage, so wären das täglich 16 Pfg. Ripperlohn, und das Jahr zu 300 Arbeitstagen berechnet, 48 Mk. im Jahre. Und in 25 Jahren? Es werden in diesem Betrieb mit Vorliebe weibliche Koller beschäftigt.

Apolda. Die Versammlung vom Montag den 6. Mai im Vorwärts hatte sich mit dem Sortierer Apel beschäftigt. Derselbe ist bereits schon längere Jahre bei Trabisch in Arbeit gewesen. Das Einvernehmen war ein sehr gutes zwischen beiden; es waren Duzfreunde. Apel hielt es aber für angebracht, unserm Verbands beizutreten. So lange der Herr Trabisch das nicht wußte, war es gut. Da spricht ein Streikender den Sortierer in der Straße, wo der Fabrikant wohnt, an, was von dessen Sohn bemerkt wurde. Das wurde dem Sortierer vorgehalten und er bequidigt, daß er die Schuld trüge, daß diejenigen, die schon Arbeit auf Verschreibung angenommen hatten, nicht kamen. Auf diese Anschuldigungen gab er seine Arbeit auf und will er lieber mit seinem Duzfreund brechen.

Döbeln. (Zur Warnung!) Das Mitglied Albert Böche, Cigarrenarbeiter aus Geringswalde, Buch Serie 3 Nr. 0974, sprach, nachdem er seine Reiseunterstützung erhoben, bei den hiesigen Arbeitern in den verschiedenen Parteilokalen um eine Exranteunterstützung an; er soll dabei auch gar kein schlechtes Geschäft gemacht haben, was wir ihm von Herzen gönnten. Nach vielleicht 10 Minuten kommt wieder ein organisiert sein wollender Arbeiter, von Beruf Schriftsetzer, und spricht auch um Unterstützung an. Aber, man lese und staune, mit dem Buche des Kollegen Böche. Das ist doch eine Gaunerei, wie sie ihresgleichen nicht zu suchen ist. Kollege Böche muß doch die hiesigen Arbeiter für sehr dumm halten, wenn er glaubt, einen jungen Menschen nicht von einem 50jährigen untercheiden zu können. Die beiden geriebenen Freunde konnten froh sein, daß sie noch mit heiler Haut davon kamen. Eins sieht aber fest, die beiden haben's verdorben. So leicht wird ein anderer, wenn auch reeller Arbeiter, nicht gleich wieder etwas bekommen. Ich erwarte eine gründliche Abfuhr, wenn obige Beiden in anderen Städten um Unterstützung nachsuchen; denn sie werden daselbe Manöver auch anderswo versuchen. C. Geilert.

Achtung, Kollegen Hamburg-Altonas und Umgegend!

Da Harburg mit seiner prachtvollen Umgebung speziell zu Pfingsten von Euch viel besucht wird, ersuchen wir, darauf zu achten, daß nachfolgende Lokale der hiesigen Arbeiterchaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen: Kröger „Gamb- rinus“, Capell „Sansonci“, Lohmann „Lohmanns Park“, Paiche „Wihlmsruh“, Kühmann „Neulander Kähre“, Sahling „Sahlings Harmonie“, Ducht „Dittmers Tivoli“. Zahlstelle Harburg.

Litterarisches.

Gelden der Menschheit. Lebensbeschreibungen der hervor- ragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten und Zonen. Ein Lesevergnügen mit Porträts und Illustrationen. Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. Berlin W. 35., Verlag Aufklärung.

Briefkasten.

J. Schulze, Nürnberg. Die Tour Döbeln-Nürnberg beträgt 285 Kilometer.
Mühlhause, Ottense. Brief mit Bericht kostet 20 Pfg. Straf- porto.

Vereinsteil.

Central-Kranken- und Sterbefasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: Hamburg-Altenhorst, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:	
Heiligenstadt	175.—
Brieg	150.—
Vickenbach	85.—
Dobrilugl	60.—
Babbenhausen	50.—
Merseburg	75.—
Summa	695.—
Sterbefasse:	
Heiligenstadt	25.—
Apolda	4.45
Babbenhausen	12.35
Brieg	8.90
Summa	50.70
Hamburg, den 20. Mai 1901.	
R. Otto.	
Zu der am 17. Juni in Bernburg stattfindenden	
Generalversammlung	
der Central-Kranken- u. Sterbefasse d. Tabakarbeiter Deutschlands	
sind aus den bis zum 15. Mai eingegangenen Wahlprotokollen nach- folgende zu Abgeordneten gewählt:	
Abt. 1: B. Heine, Hamburg	Abt. 16: R. Fischer, Hohenheim
2: G. Hollardi, Altona	17: G. Müller, Reilingen
3: E. Eilken, Ottense	18: P. Kuppinger, Neulandheim
4: E. Kröber, Barmbeck	19: A. Anni, Speyer
5: F. Lund, Wandersbed	20: R. Richter, Dresden
6: E. Rauch, Bremen	21: F. Wächter, Saagen
7: G. Becker, Altona	22: E. Djaloszyński, Breslau
8: E. Burgold, Braunschweig	23: A. Barth, Finsterwalde
9: E. Rinne, Halberstadt	24: D. Sidow, Brandenburg
10: A. Mohr, Neuses	25: D. Klemm, Berlin
11: R. Braun, Al.-Steinheim	26: R. Dehaub, Berlin
12: R. Oertel, Mannheim	

Sich wahlen haben stattzufinden in Abt. 7 zwischen N. Straßhan- Rangwedel und B. Hense-Delmenhorst; Abt. 8 zwischen G. Schwabe

und J. Günther-Berben; Abt. 11 zwischen L. Hartling-Süblengern und J. Weid-Soblenz; Abt. 20 zwischen L. Köhler-Möhringen und C. Bloß-Stuttgart; Abt. 26 zwischen E. Gerth-Pöfen und E. Lindner-Namitz.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die Stichwahlen vom 26. Mai bis inkl. 2. Juni stattfinden haben; das Resultat wird aus den bis zum 5. Juni eingegangenen Protokollen festgestellt. Protokolle, in welchen der angegebene Termin nicht eingehalten ist und solche, die später eingehen, finden keine Berücksichtigung.

Hamburg, den 15. Mai 1901.

Die Centralwahlkommission:

G. Behrmann, A. Henning, J. Niemann.

Süblengern. Zur Stichwahl der Wähler der 11. Wahlabteilung. Wer für unbedingtes Fortbestehen der Central-Kasse ist, gebe nur unserm Kandidaten Kaspar Hartling, Süblengern Nr. 57, bei der Stichwahl seine Stimme. Ortsverwaltung Süblengern.

Trüger zur Generalversammlung f. Beilage.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Martinistr. 4, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistr. 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Martinistr. 4, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Vom 15. bis 21. Mai 1901 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

13. Mai. Helmarshausen.	67.40	16. Hainau i. Schl.	50.—
Groß-Schönau i. S.	60.—	17. Eesen	30.—
Striegau	150.—	" Belgig	43.—
Schöps	15.—	" Groß-Budide	20.02
Schweppitz	30.—	18. Eisleben	30.—
Gera	70.—	" Weida	20.—
Geithain	20.—	" Eöbau i. S.	100.—
14. Elegenitz	68.—	" Finsterwalde	300.—
" Radeberg	20.—	" Dahme	75.—
" Danzig	30.—	" Vermburg	70.—
" Augsburg	20.—	19. Ueterfen	43.—
15. Briesbus	40.—	" Mühlheim a. Ruhr	20.—
16. Münchenberndorf	30.—	" Uslar	15.—

B. Freiwillige Beiträge:

13. Gohlis, R. Freitag	5.—
17. Rendsburg, C. Nielsen	9.—
18. Edartberg, A. Eschöpe	4.90
" Finsterwalde, F. Bräuer	50.—
19. Ueterfen, J. Gillsdorf	5.—
" Uslar, E. Bestow	6.—
" Gann.-Minden, F. Gortelmeyer, Fabrik Fischer u. Herwig	8.55
" Bismarck, C. Pantnin	4.90
" Sänichen, J. Galle	5.55

20. Ottenjen, G. Niendorf	500.—
" Mühlhof, A. Nielsen	8.40
" Hamburg, W. Gorges	50.—
" Eimsbüttel, B. Schmelzmeier	200.—
" Altona, H. Rathgeber	50.—
" Langwedel, F. Gillis	4.10
" Krefeld, A. Stebener	5.65
" Soest, A. Ged	12.—
" Altona, H. Heising, Bericht auf die Sitzungsgelder der Verwaltungsbeamten der Poststellen an der Wasserfront des Verbandes der Cigarrenfortierer und Tabakarbeiter	17.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Ersuche die Herren Abwender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 21. Mai 1901. W. Nieder-Welland, Martinistr. 4, II. Kassierer.

Bekanntmachung.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse Lars Nielsen aus Hildorf kennen, werden ersucht, uns dieselbe mitzuteilen. Nielsen war zuletzt in Kassel und Lemgo.

Das Mitgliedsbuch, Ser. II, 29754, auf den Namen Franz Schukardt aus Hainau lautend, ist als verloren gemeldet, im Vorgehensfalle zu konstatieren und an uns einzufenden.

Gerh. van Derks aus Sommer ist ohne Abmeldung von Düsseldorf abgereist; derselbe hat 1 Mt. Strafe zu zahlen.

Die Mitgliedsbücher auf die Namen Rob. Zutsche aus Stargard und Julius Schröder aus Aldamm lautend, sind hierdurch als ungültig erklärt. Die Bevollmächtigten wolle eventuell diese Bücher an uns einbringen. Die Nummern sind unbekannt.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Hameln: Fritz Kracht als Kontrollleur.
Für Hünichen: Julius Galle als Vertrauensmann.
Für Hainau: Gust. Kierich als 2. Bev., Albert Schäl als 3. Bev.; Herm. Löppig, Heinr. Rißer, Frau Bertha Scholz als Kontrollleur.
Für Katibor: Jos. Plagel, Stefan Smuda, Ludwig Kolodzy als Kontrollleur.
Für Warfeth: W. Wiffel als 1. Bev.

Provisorisch aufgenommen sind:

Otto Kirchhoff aus Kalau (z. R.), Paul Schlitter aus Döhlen, Anna Kupp aus Dippoldiswalde. (77)
Georg Michaelis aus Belgig. (43)
Ferd. Müller aus Warendorf. (376)
Louis Helbig. (130)
Paul Ahlert aus Nordhausen (z. R.). (235)
Friedr. Krefz aus Schmöln (z. R.). (405)
Emilie Breier aus Moringen (z. R.), Margarete Lange, Antonie Karzan, Henriette Nagel aus Ebing. (69)
Herm. Schröpel aus Sommerfeld. (321)
Johs. Hohlbed aus Laps. (186)
Georg Koch aus Osterode-Freiheit. (347)

Ernst Gresson aus Pöfen. (214)
Paul Niehse aus Kottbus (z. R.). (57)
Albert Nowal aus Bortenburg. (201)
Heinr. Spiller aus Süblengern. (445)
Martha Föhn geb. Herbst aus Berlin. (245)
Klara Friedrich, Helene Wiemann aus Eisleben. (96)
Gottfried Zimmermann aus Affoltern (Schweiz), Herm. Gamm aus Weidorf i. S. (b. z. R.). (111)
Otto Hoffmann, Karl Sieber aus Ueterfen. (349)
Anna Günther aus Ronneburg. (296)
Frau Anna Krähig aus Altenburg. (1)
Karl Schwarz aus Stade. (325)
Wilh. van Gröningen aus Emmerich. (72)
Rudolf Vosholt aus Grieben, Georg Bufe aus Hannover (Seide z. R.). (160)

Otto Schirmacher, H. Saff aus Steinbed (Holst.). (328)
Katharine Friedrichs aus Kiel. (439)
Hugo Diegel aus Böhne. (184)
Aug. Emigls aus Barel, Georg Klaus aus Rönnebed. (373)
Emma Wenzke geb. Müller aus Mechow (z. R.), Emma Wenzke aus Wansfen, Susanna Wenzel aus Reinersdorf, Auguste Hiller aus Jantuch (z. R.), Luise Bahrlisch aus Karschau, Selma Woidnick aus Dtag, Anna Schröder aus Bedern, Anna Wrodel geb. Grett, Anna Josich geb. Pöschel aus Peisterwitz, Anna Weigang, Karoline Fischer (z. R.), Christiane Scholz (z. R.) aus Baumgarten, Christiane Wenzke geb. Alex (z. R.), Johanna Glas aus Rosenheim, Marie Marode aus Bergel, Marie Sosna geb. Frei aus Deutsch-Steine, Pauline Hofmann geb. Ruffin aus Baumgarten, Hermann Kiple, Bertha Busch, Anna Klimke, Maria Thörner (z. R.), Anna Weidlich (z. R.), Dorothea Buhl (z. R.), Emma Wismach (z. R.), Anna Jappe (z. R.), Anna Reihner (z. R.), Martha Schwenke, Anna Gallwitz, Anna Brzustke geb. Schwarz, Emma Grefuchna, Emma Schüdel, Emma Kries, Emma Hante, Emma Jungmann, Emma Schwarz, Pauline Jungmann geb. Karowth (z. R.), Selma Ubrich geb. Simon, Bertha Knol geb. Roschner, Bertha Gabriel geb. Wildner (z. R.), Bertha Plattner geb. Roschmeider, Martha Karowth, Martha Böfel, Pauline Schieweg aus Ohlau. (248)
Franz Fischer aus Obermaier. (14)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)
In Altona: Sonnabend den 1. Juni abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Ehler, Vorderstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Bericht der Vorortskommission. 4. Verschiedenes.
J. A.: Der Bevollmächtigte.
In Lage: Jeden ersten Sonntag nach dem ersten eines jeden Monats im Lokale des Herrn Ernst Wendt.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Boitzenburg. Die Zahlstelle am hiesigen Orte ist aufgehoben.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Uhrleben. Die Beiträge werden von jetzt ab jeden Sonntag nach dem 1. und jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats im Alten Fritzen entgegengenommen. Mögen die Mitglieder sich darauf einrichten.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

En gros. **Rohtabak** En détail.
F. W. Helmecke, Magdeburg.
Grosse Auswahl! Billigste Preise!
Preisliste gratis und franko.

Achtung! Roh-Tabak! Achtung!
30 Baden Sumatra Deckblatt u. Umblatt per Pfund 1.20 Mk.
25 Baden Felix Brasil, Ernte 1900, per Pfund 1.— Mk. sowie einen großen Posten Havana Grus per Pfund 90 Pfg.
Hengfoss & Maak, ALTONA-OTTENSEN
28 Bismarckstraße 28.
Eigenes Privat-Transitlager Bismarckstrasse 32.

H. Edling Rohtabak.
Bremen - Neustadt empfiehlt
Sumatra à 90, 100, 110, 120, 130, 150, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 280, 300, 350 g.
Java à 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120, 140, 160, 170 g.
Brasil à 85, 90, 95, 105, 110, 120, 130, 140, 160, 170, 180 g.
Seedleaf à 75, 80, 90, 100, 110 g.
Domingo à 72 1/2, 75, 80, 85, 90, 100 g.
Carmen à 75, 80, 90, 100 g.
Havana à 120, 150, 180, 200, 300, 350, 420 g.
Java à 100, 120, 150 g.
Regita à 80, 100, 180, 200, 220, 250 g.
Sesgat à 75, 80 g.
Kentucky à 75, 80, 90 g.
Preise per Pfd. verzollt. Versand unter Nachnahme.

Roh-Tabak.
Grosze Auswahl! Billigste Preise!
Als ganz besonders preiswert empfehle Sumatras M & K Langhart GIII, Vollblatt mittelfarbig 1.40 Senemba My SSSIII, Vollblatt mittel bis hell 1.80 M & K Langhart SBBIII, Vollblatt ganz hell 2.20 Deli Ba My K/SBI, 1. Vollblatt, mittelfarb. 2.25 Deli My M/LLI, Vollblatt mittelfarbig 2.50 Deli My L/S/SLII, Vollblatt mittel bis hell 3.—
Sowie andere Sumatras bis 5.50 Mk.
Vorzüglich brennendes Java Umblatt . . . 1.15
Guten alten Udermärker . . . 0.70

Bernhard Segal, Cottbus.
Sumatra
schöne mittelbraune Decke, Vollblatt, 2. Länge weisser Brand, per Pfund 1.50 Mk. verzollt; Java-Decke, 1. Länge 1.40 Mk., offeriert
Karl Krause, Dresden-N.
Förstereistrasse 9.

Für Fabrikanten.
Eine größere Partie Sumatra Tabak Deli/SS/3, Hell- und Mittelfarbe, licht brennend, verzollt per Pfund 100 Pfg. Blattiges gesundes Vollblatt (Domingo, Carmen und Java gemischt) verzollt per Pfund 75 Pfg. Proben je 9 Pfund unter Nachnahme.
C. Strohmann, Bremen, Fichtenstraße 3.

Tabakarbeiter-Genossenschaft
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Mittwoch den 5. Juni 1901 abends 9 Uhr präcise
General-Versammlung
in Ang. Niede's Klub- u. Ballhaus, Altona, Hamburger Str. 6-10.
Tagesordnung: Geschäftsbericht pro 1. Quartal 1901. J. A.: L. Supperh.

Rohtabak
verfeuert, empfiehlt zu billigsten Preisen
Hermann Gelmbold, Hühnhausen i. Th.
Preisliste gratis und franko.
Zu verkaufen circa 1200 gut erhaltene
Wickel-Formen
gerade Façons, 40 Pfg. per Stück.
J. H. Koopmann, Bremen.
Zwei solide Cigarren-Arbeiter
suchen Stellung, am liebsten in einer größeren Stadt. Nähere Auskunft erteilt Rich. Lorenz, Zerbst, Briegnitz 8.

Gesucht eine tüchtige Wickelmacherin
per sofort. Lohn 2.50 bis 3.50 Mk. per Mille bei entrippter Einlage u. gutem Material. Dauernde Arbeit. D. Finkler, Schödel, Hannover.
Ein junger solider Cigarren-Arbeiter
sucht dauernde Stellung. Gefällige Offerten unter Adresse Frau Voigt, Seidnitz-Dresden, Straße M. 43 g. p.

Junger tüchtiger verh. Cigarren-Arbeiter
sucht sofort dauernde Stellung. Offerten sind zu richten an Albert Vetter, Pasewalk, Königstraße 38.
Flotter solider Cigarren-Arbeiter
in allen Façons sowie in Handarbeit bewandert, sucht lohnende und dauernde Stellung. Offerten an Julius Löbel, Bischofswerda, Sachsen.

Junger tüchtiger Cigarren-Arbeiter
auf alle Façons eingearbeitet, sucht dauernde Stellung. Offerten richte man an Wilhelm Hain, Apolda, Gartenberg 88.
Gesucht eine Wickelmacherin.
Lohn nicht unter 3 Mk. per Mille. Offert. richte man an Peter Scherdel, Schörsbed, Hannover.
Wer Auskunft über meinen Vater, den Cigarrenmacher Johann Bertram geben kann, wolle solche wegen bringender Familienangelegenheiten an die Tochter Hermine Bertram, Radebeul, Dresdener Straße 68, senden. Bitte alle Zahlstellen, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Ersuche die Herren Bevollmächtigten u. sonstigen Kollegen, in deren Bereich sich der Cigarren-Arbeiter Heinrich Scheuer aus Heberswerda befindet, mir sofort die genaue Adresse mitzuteilen wegen bringender Familienangelegenheiten. Porto und sonstige Ausgaben werden vergütet. Etw. Schwager Emil Gaertitz, Cigarrenarbeiter, Köhlig i. S., Burgstraße 1.
Abraham Kuttner, wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet Dein Freund L. Leinski, Berlin NO., Meyerbeerstr. 5 bei Schlager Hof, r. II.
Ersuche die Herren Bevollmächtigten u. sonstigen Kollegen, in deren Bereich sich Ottomar Haller aus Reinach, Schweiz, befindet, mir sofort die genaue Adresse mitzuteilen. Porto wird vergütet. D. Wiesen, 1. Bevollmächtigter, Erfurt, Blücherstr. 45.
Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Cigarren-Arbeiter Karl Scheibelt aus Nordhausen sowie Frau Anna Scheibelt aus Bünde befinden, werden ersucht, mir die Adresse zukommen zu lassen. Porto wird vergütet.
Otto Degener, Grotzen a. d. Elster.
Unserem 2. Bevollmächtigten Otto Schmidt und seiner Braut Anna Schön zu ihrem am zweiten Pfingstfesttage stattfindenden Hochzeitstische die besten Glückwünsche.
Die Kollegen von W. Sehlers Fabrik Herzberg a. d. Elster.
Unserem Freund und Kollegen Karl Klose zu seinem am 29. Mai stattfindenden Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
Ernst Wenzel, St. Pharmacinsth.
Unserem Freund und Kollegen Wilhelm Levermann zu seinem am 28. Mai stattfindenden Namensfest ein 999mal donnerndes Lebehoch. Dies wünschen ihm
Die Kollegen der Zahlstelle Langendreeer C. R., F. S., G. S., F. R., G. L., J. L., R. R., L. R.
Codes-Anzeige.
Am 12. Mai starb das Mitglied Fritz Hoppe im 67. Lebensjahr an der Nierenkrankheit. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Achim.
Briefkasten.
Bereits Inzerate müssen gekempelt sein. — Andere Inzerate sind vorher zu bezahlen. — Bei Einbringung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
C. S., Seidenerdorf 40 g. — C. G., Köhlig 80 g. — J. B., Biebrich 170 g. — D. D., Grotzen, Elster 60 g. — C. R., Langendreeer 60 g.